Die Linke
Kreisverband Gießen

Wir sind Gießen.

Sozial.
Ökologisch.
Vielfältig.

Wahlprogramm der Partei Die Linke
für die Stadt Gießen

VORWORT

Wir sind Gießen – sozial, ökologisch, vielfältig. Unser Wahlprogramm steht unter dem Leitbild einer Stadt, in der niemand zurückgelassen wird. Wir kämpfen für gute Lebensbedingungen für alle statt Standortlogik - für soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und echte demokratische Beteiligung.

Unsere Politik versteht sich als Teil des Projekts eines demokratischen Sozialismus, der Freiheit, Gleichheit und Solidarität im Alltag der Menschen konkret erfahrbar macht.

Unser Programm beruht auf drei zentralen Säulen: bezahlbares Wohnen, gute Mobilität sowie der Ausbau und die Demokratisierung ökologischer und sozialer Infrastruktur. Diese Themen sind miteinander verwoben und bilden das Fundament für ein solidarisches Zusammenleben in einer sozialen Stadt für alle.

Unsere Querschnittsperspektiven – soziale Gerechtigkeit, Queerfeminismus und Inklusion – durchziehen jedes Kapitel dieses Programms: von der Wohnungspolitik über Mobilität, Gesundheit und Arbeit bis hin zur Kulturarbeit und der Migrationspolitik.

Nach Jahren ohne kommunale Mandate in der Stadt Gießen haben wir uns neu aufgestellt. Da wir nicht mehr Teil des Wählerbündnisses Gießener Linke sind, konnten wir in den letzten Jahren nur von außen auf die Stadtpolitik einwirken. Dennoch haben wir in dieser Zeit Strukturen gestärkt und neue Angebote geschaffen: Wir haben Sozialsprechstunden etabliert, Anträge im Kreistag eingebracht und mit dem Umzug in die Nordstadt unsere Verankerung vor Ort ausgebaut. Jetzt sind wir motivierter denn je unsere Perspektiven wieder direkt in die Stadtpolitik einzubringen.

Die soziale Krise spitzt sich zu. Während Wohnungen leer stehen oder als Spekulationsobjekte verkommen, explodieren die Mieten – und immer mehr Menschen wird der Wohnraum durch die Profitgier reicher Investor:innen geraubt. Jüngstes Beispiel: die leerstehende Kita im Seltersweg, die teuer und ungenutzt bleibt. Die Stadt hat sich ihrer Verantwortung in dem angespannten Gießener Wohnungsmarkt entzogen und sich der Realität verschlossen. Die Lebensrealitäten der Menschen verschlimmern sich zunehmend: Ob Miete, Lebensmittel oder Gesundheit. Verantwortliche Konzerne erzielen Rekordgewinne, indem sie sich an der Not der Menschen bereichern. Seit dem Scheitern des Verkehrsversuchs fehlt zudem jede progressive Haltung für eine echte Mobilitätswende. Busse sind überfüllt, die Stadt ist voller Autos, die sich im Stau durch die Straßen quälen – gefährlich für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen. Es braucht endlich mutige Konzepte. Ideen gibt es viele, nicht zu Letzt von engagierten zivilgesellschaftlichen Bündnissen.

Mitten in unserer Stadt steht das einzige privatisierte Universitätsklinikum Deutschlands – ein Symbol für das Versagen marktwirtschaftlicher Gesundheitsversorgung. Die Suchthilfe in Gießen ist in einem katastrophalen Zustand. Der Kirchenplatz macht den ausgrenzenden Umgang mit sozial benachteiligten Mitmenschen in unserer Stadt sichtbar. Statt Einbindung erleben viele Ausgrenzung: Menschen mit Behinderung, queerer Identität, Migrationsgeschichte oder von Armut Betroffene stoßen im Alltag auf strukturelle Hürden – in Ämtern, Schulen, beim Wohnen oder im Gesundheitssystem. Diese Menschen sind nicht das Problem – sie sind der Maßstab für eine gerechte Politik.

Als Linke machen wir Politik für die Vielen. Für eine soziale Stadt, in der niemand ausgegrenzt wird. Für ein solidarisches Miteinander in Gießen – auf Augenhöhe mit Initiativen, Verbänden, Gewerkschaften und der organisierten Zivilgesellschaft.

Um die Anliegen der Menschen vor Ort zu verstehen, haben wir öffentliche Veranstaltungen mit Vertreter:innen aus lokalen Initiativen und Fachpersonen zu unseren Leitthemen durchgeführt und sind an Haustüren gegangen, um von den Menschen selbst zu hören, was sie in ihren Stadtteilen brauchen und wollen. Diese Gespräche und die gesammelten Stimmen bilden die Grundlage unseres Programms – eine Politik aus der Stadtgesellschaft, für die Stadtgesellschaft. Veränderung beginnt vor Ort. Sie wächst aus solidarischen Stadtteilen, mutigen Bündnissen. Wir glauben an die Kraft der Vielen – und kämpfen gemeinsam mit euch für ein anderes Gießen.

Kreisverband
Gießen

Die Linke - Kreisverband Gießen
Steinstraße 77, 35390 Gießen
Telefon: 0641 30139463
E-Mail: info@dielinke-giessen.de
V.i.S.d.P.: MJ

Layout/Druck: MJ

Stand: 27.09.2025

Inhalt

I. Mieten und Wohnen 6

1. Offensive für sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnraum 6
2. Leerstand bekämpfen, Zweckentfremdung verbieten 7
3. Verdrängung stoppen – Mieter*innen schützen 7
4. Mietwucher ahnden 7
5. Flächen sparen – sozial und klimafreundlich nachverdichten 7
6. Quartiere stärken – Beteiligung ermöglichen 7
7. Schutzräume sichern – Frauenhäuser & Oase stärken 8
8. Wohnungsamt schaffen – soziale Stadtplanung bündeln 8

II. Öffentlicher Personennahverkehr und Mobilität 10

1. Mobilität als Gerechtigkeitsfrage 10
2. Vorrang für den Bus 10
3. Faire Arbeitsbedingungen im ÖPNV 11
4. Regiotram vorbereiten und umsetzen 11
5. Fußgänger:innen – größte Gruppe der Verkehrsteilnehmer:innen 11
6. Radverkehr als Rückgrat 12
7. Autofreie Begegnungszonen 12
8. FLINTA*-Nachttaxi & sicheres Nachtliniennetz 12
9. Barrierefreiheit & Sicherheit 12
10. Demokratische Mobilitätsplanung 13

III. Soziale und ökologische Infrastruktur 14

1. Antifaschismus, Erinnerungskultur und Frieden 14
2. Bildung als öffentliche Aufgabe 15
3. Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung 17
4. Klima-, Energie-, Umwelt- und Tierpolitik 18
5. Solidarische Gesundheitsversorgung und Suchthilfe 22
6. Migration, Flucht und gleichberechtigte Teilhabe 23
7. Demokratie stärken, Beteiligung fördern, Vereine unterstützen 25
8. Kultur und Sport 27
9. Inklusive Sicherheit 29
10. Unsere Grundlage: Wirtschafts- und Finanzpolitik 29

I. Mieten und Wohnen

Für alle in einer sozialen Stadt, nicht für Profite

Wohnen ist ein Menschenrecht. Auch in Gießen bleibt Wohnen eine Existenzfrage. Mieten werden erhöht, während die Stadt beim sozialen Wohnungsbau versagt. Währenddessen lassen private Akteur:innen Wohnraum taktisch leer stehen, um so die Mieten weiter nach oben zu treiben. Besonders betroffen: die Nordstadt und die Weststadt – lebendige, vielfältige Quartiere, in denen sich das soziale Versagen der Wohnungspolitik besonders deutlich zeigt. Genau dort wollen wir ansetzen. Denn eine Stadt gehört denen, die in ihr Leben – nicht denen, die mit ihr spekulieren.

Seit 2000 ist die Bevölkerung Gießens um fast 30 % gewachsen. Statt der notwendigen 600 bis 700 neuen Wohnungen pro Jahr wurden meist weniger als 300 gebaut. Der Bestand an Sozialwohnungen schrumpfte, da Preisbindungen ausliefen und kaum neue geförderte Wohnungen entstanden. Zwischen 2017 und 2021 schuf die städtische Wohnbau Gießen gerade einmal zwölf neue Wohnungen. Eine Bilanz, die fassungslos macht. Die neue Regierung versprach viel und hielt nur wenig: auch in den Jahren 2021 bis 2024 kamen bei der städtischen Wohnbau Gießen nur fünf neue Wohnungen hinzu.

Die Preisbindung der Wohnungen stagniert bei einem Wert von 23,8%. Während die Geschäftsführung der Wohnbaugenossenschaft Gießen schon 2022 von einem „angespannten Wohnungsmarkt“ sprach, sträubte sich das zuständige Dezernat bis zuletzt diesen anzuerkennen. Insgesamt ist der Wohnungsbau in Gießen am Boden. Während 2016 noch 407 Wohnungen fertiggestellt wurden, waren es nach einem konstanten Abschwung nur noch 55 im Jahr 2024.

Gleichzeitig warten über 5.533 Haushalte auf eine Wohnung bei der Genossenschaft. Studierende, Alleinerziehende, ältere Menschen, migrantische Familien, queere Jugendliche und Menschen mit Behinderungen konkurrieren auf einem Markt, der Not zu Profit macht und sich nicht für soziale Realitäten interessiert.

Wir stellen dem Marktversagen eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik entgegen. Gießen braucht eine soziale Stadtplanung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert – nicht an den Renditezielen von Investoren. Wir greifen dabei auf Konzepte linker Stadtforschung und europäischer Vorbilder wie Wien zurück: öffentlicher Boden, kommunale Kontrolle, soziale Mischung und Beteiligung.

1. Offensive für sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnraum

Wir wollen, dass in Gießen jährlich mindestens 150 neue Sozialwohnungen entstehen. Möglich wird das durch eine klare Stärkung der Wohnbau Gießen sowie durch die Förderung gemeinwohlorientierter Träger wie Baugenossenschaften und selbstverwalteter Projekte.

Sozialbindungen früher greifen lassen – nach dem Vorbild Kassel

Die bisherige Grenze von 50 Wohneinheiten bei Neubauprojekten ist in Gießen viel zu hoch. Investoren nutzen diese Lücke systematisch aus und planen Bauvorhaben knapp unterhalb der Schwelle, um Sozialbindungen zu umgehen.

Andere Städte zeigen, dass es anders geht: In Kassel gilt seit 2019 eine Sozialquote von 30 % bereits ab sechs Wohneinheiten. Damit werden auch kleinere Bauprojekte an die soziale Verantwortung gebunden – ein Modell, das Gießen dringend übernehmen sollte.

Wir fordern deshalb:

- Sozialbindung ab 6 Wohneinheiten, verbindlich mit einer Quote von mindestens 30 % sozial gefördertem Wohnraum,
- Transparenz- und Nachweispflichten für Investoren, damit Umgehungen nicht mehr möglich sind,
- Kommunale Korrekturmechanismen (z. B. Mindestquoten in Bebauungsplänen), wenn Investoren versuchen, soziale Auflagen zu umgehen.
- Grundstücke in städtischem Besitz dürfen nur noch im Erbbaurecht vergeben werden, bevorzugt an nicht-profitorientierte Akteure.
- Bestehende Belegungsbindungen müssen verlängert und ausgeweitet werden, um weitere Verluste im sozialen Bestand zu verhindern.
- Die Wohnbau Gießen muss ein faires Tauschsystem für Wohnungen einführen mit Bindung an bestehende Verträge. So können Menschen ihre Wohnung tauschen, wenn sich ihre Lebenssituation ändert: Ältere Menschen, deren Kinder ausgezogen sind, brauchen oft weniger Platz, wünschen sich aber eine barrierefreie Wohnung. Junge Familien dagegen suchen dringend mehr Räume für ihre Kinder. Bei einem Wohnungstausch profitieren beide Seiten und der Wohnraum bleibt bezahlbar.
- Kommunaler Mietendeckel bei der Wohnbau Gießen.

Besonders in der Nordstadt und Weststadt besteht akuter Handlungsbedarf: Beide Quartiere vereinen eine hohe soziale Dichte, große Vielfalt – und zugleich massive Verdrängungsrisiken. Genau dort braucht es bezahlbaren Wohnraum, soziale Durchmischung, barrierefreie Grundrisse, interkulturelle Planung, queersensible Beratungsangebote und Teilhabe von unten.

2. Leerstand bekämpfen, Zweckentfremdung verbieten

Während Menschen auf der Straße schlafen oder monatelang auf Wohnungen warten, stehen über 1.800 Wohnungen in Gießen leer – ein Skandal. Wir fordern was in anderen Städten längst Realität ist: ein Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum und ein öffentliches Leerstandsregister. Wohnungen, die ohne nachvollziehbaren Grund längerfristig leerstehen, sollen nach Prüfung für eine soziale Zwischennutzung geöffnet werden – etwa für Wohnungslose, Geflüchtete oder alternative Konzepte wie Sozialcafés. Für Eigentümer:innen und Investor:innen, die mit Leerstand spekulieren, braucht es wirksame Sanktionen.

Wohnungen dürfen kein Spekulationsobjekt oder Renditeinstrument sein. Wir fordern ein Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum, wie es in anderen Städten (z.B. München, Mainz, Stuttgart) längst gilt. Wer Wohnraum dauerhaft dem Markt entzieht – etwa durch Umwandlung in Ferienapartments oder gewerbliche Nutzung – muss das anzeigen und strenge Auflagen erfüllen. So lange Menschen in Gießen keine bezahlbaren Wohnungen, darf Wohnraum nicht in Ferienapartments umgewandelt werden. Für Einzelpersonen, die ihre Wohnung zeitweise anderweitig nutzen (z. B. Untervermietung, Pflege von Angehörigen, Übergangsphasen), gelten dagegen sozialverträgliche Regelungen.

Um Leerstand schneller nutzbar zu machen, wollen wir ein Programm nach dem Vorbild der Stadt Viernheim unter dem Motto „Vermiete doch an die Stadt“ einführen. Danach sollen Eigentümer:innen leerstehende Wohnungen unbürokratisch an die Kommune vermieten können. Die Kommune übernimmt dann die Zwischenvermietung – etwa an Menschen in Notlagen. Damit werden Eigentümer:innen entlastet und Wohnraum gleichzeitig sozial genutzt, anstatt ungenutzt zu bleiben.

Die Stadt muss ihr gesetzliches Vorkaufsrecht konsequent nutzen, um Wohnraum der Spekulation zu entziehen. Grundstücke und Häuser, die verkauft werden, sollen bevorzugt in öffentliche oder gemeinwohlorientierte Hand übergehen – nicht an renditegetriebene Investoren.

Leerstehender Baugrund für Wohnraum darf nicht durch niedrige Steuern belohnt werden, das fördert Spekulation. Stattdessen braucht es finanzielle Anreize für die Bebauung und Sanktionen gegen den Leerstand. Damit entstehen nicht nur Räume – sondern auch neue Formen solidarischen Zusammenlebens.

3. Verdrängung stoppen – Mieter*innen schützen

Immer häufiger werden in Gießen Mietwohnungen in Eigentum umgewandelt oder durch „Modernisierung“ unbezahlbar gemacht. Insbesondere in der Nordstadt und Teilen der Weststadt ist diese Praxis ein Angriff auf gewachsene Nachbarschaften. Wir setzen uns für Milieuschutzsatzungen ein, die in betroffenen Vierteln Luxussanierungen und Umwandlungen genehmigungspflichtig machen. Über all dort, wo bezahlbare Mietwohnungen gefährdet sind, muss ein Umwandlungsverbot diese schützen. Zudem braucht es ein klares Bekenntnis zur inklusiven Quartiersentwicklung: Planungen müssen barrierefrei sein, geschlechtergerechte Architektur berücksichtigen, queere und migrantische Perspektiven einbeziehen. Nur so entstehen Viertel, in denen sich alle sicher und zuhause fühlen können.

4. Mietwucher ahnden

Ob Goethestraße, Aulweg oder Lahnstraße – Mini-Apartments und Zimmer von 10 bis 20 m² werden möbliert für 600 Euro und mehr angeboten. Das ist faktisch Mietwucher, doch bislang schaut die Stadt weg.

Wir fordern:

- Möblierungsaufschläge müssen begrenzt, Mietwucher systematisch dokumentiert und verfolgt werden. Einen kommunalen Mietpreis-Check und eine städtische Anlaufstelle gegen Mietwucher.

5. Flächen sparen – sozial und klimafreundlich nachverdichten

Statt Grünflächen für neue Luxusbauprojekte zu opfern, setzen wir auf inklusive Nachverdichtung, Aufstockung und gemeinwohlorientierte Bebauung vorhandener Flächen. Wir wollen, dass in Bebauungsplänen Mehrfamilienhäuser festgesetzt werden, statt Einfamilienhäuser.

Dabei gilt: klimafreundlich bauen heißt auch sozial bauen. Aufwertungen dürfen nicht zu Verdrängung führen. Sanierungen und Modernisierungen müssen mit Mieterschutz und Beteiligung einhergehen – und diverse Perspektiven explizit mitdenken.

6. Quartiere stärken – Beteiligung ermöglichen

Lebendige Quartiere entstehen dort, wo Menschen sich einbringen können. Wir wollen Beteiligung ernst nehmen: Mit Nachbarschaftsräten, Quartiersbudgets und festen Beteiligungspfaden bei Bauprojekten.

In der Nordstadt und Weststadt schlagen wir Pilotprojekte vor, die Stadtteilarbeit, bereits bestehende und neue Initiativen, migrantische Selbstorganisation und soziale Träger zusammenbringen. Gießen braucht Räume für Begegnung, für Beratung, für Organisation – gerade in Zeiten der sozialen Spaltung.

Mieter*innen dürfen nicht unter dem Investitionsstau leiden, sondern müssen in menschenwürdigen Wohnungen leben - ohne Schimmel und Mängel.

7. Schutzräume sichern – Frauenhäuser & Oase stärken

Frauenhäuser sind unverzichtbare Schutzräume für von patriarchaler Gewalt Betroffene in Notlagen. Die Stadt verfügt über das Autonome Frauenhaus Gießen e. V., das Frauenhaus des SkF e. V. sowie die Oase (Mission Leben gGmbH). Alle Einrichtungen sind stark ausgelastet; insbesondere die Oase ist mit 6 Wohnplätzen, 5 Außenwohngruppen und 2 Notübernachtungsplätzen stetig am Limit. Die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt verpflichtet Deutschland und damit auch Gießen, umfassende Schutzmaßnahmen für Frauen und Betroffene zu gewährleisten, darunter die Bereitstellung spezialisierter Hilfsdienste, Schutzunterkünfte und die Sicherstellung eines ungehinderten Zugangs.

Gerade in Zeiten, in Frauenhäuser angegriffen und Schutzräume exklusiv für cis Frauen gefordert werden, ist klar: Wir stellen uns gegen diese Angriffe und treten für inklusive, diskriminierungsfreie Schutzräume ein. Gewalt ist Ausdruck patriarchaler Machtverhältnisse – betroffen sind nicht nur cis Frauen, sondern auch trans Frauen, nichtbinäre und inter Personen sowie ihre Kinder.

Wir fordern daher:

- Kostenfreier Zugang zu allen Schutzräumen – unabhängig von Einkommen, Leistungsbezug oder Aufenthaltsstatus.
- Kapazitätserweiterung: mehr Plätze im Frauenhaus und Ausbau der Oase, inkl. Außenwohngruppen.
- Langfristige Finanzierung: mehrjährige Rahmenverträge, gesicherte Personalstellen, Nachtbereitschaft, Dolmetsch- und Kinderbetreuung.
- Kommunales Vorkaufsrecht nutzen, um geeignete Liegenschaften für Frauenhäuser und Schutzwohnungen zu sichern.
- Kooperation und Vernetzung stärken: enge Zusammenarbeit von Frauenhäusern, Oase, Interventionsstelle (SkF), Polizei, Kliniken, Jugendamt und Sozialleistungsträger.
- Umsetzung der Istanbul-Konvention: Schutz, Prävention, Opferrechte und Zugang zu Hilfsangeboten müssen in Gießen konsequent umgesetzt werden, inklusive sofortiger Aufnahme, Schutz vor Diskriminierung und fachlich begleiteter Übergangslösungen.

8. Wohnungsamt schaffen – soziale Stadtplanung bündeln

Wir fordern ein städtisches Wohnungsamt, das alle Aufgaben und Zuständigkeiten rund um Wohnen, Mieten und soziale Stadtentwicklung bündelt. Bisher sind viele Bereiche zersplittert – zwischen Bauverwaltung, Sozialamt, Liegenschaftsamt, Wohnbaugesellschaft, Sozialleistungsträger und externen Trägern. Diese Fragmentierung führt zu Doppelstrukturen, mangelnder Koordination und einem Verlust an Transparenz. Menschen, die dringend Unterstützung oder eine Wohnung suchen, verlieren sich in Zuständigkeiten – während die Stadt selbst den Überblick über Leerstände, Bedarfe und Fördermittel verliert.

Ein kommunales Wohnungsamt soll deshalb:

- als zentrale Anlaufstelle für alle wohnungsbezogenen Anliegen dienen – von der Wohnungssuche über Mieterschutz bis zur Förderung sozialer Wohnprojekte,
- Leerstandsregister, Zweckentfremdungsverbot, Sozialquote und Förderprogramme unter einem Dach koordinieren,
- eine Beratungsstelle gegen Mietwucher, Verdrängung und Diskriminierung integrieren,
- Wohnungsmarktbeobachtung betreiben und jährlich einen Bericht zu Mieten, Leerständen und Bedarfen veröffentlichen,
- die Zusammenarbeit zwischen Wohnbau Gießen, Bauaufsicht, sozialen Trägern und zivilgesellschaftlichen Initiativen strukturieren
- Fördermittel von Land, Bund und EU gezielt einwerben und deren Nutzung transparent machen,
- in akuten Fällen von Wohnungsnot unbürokratische Hilfe leisten – etwa durch Vermittlung, Zwischennutzung oder Notunterbringung.

Das Wohnungsamt soll mit klarem sozialen Auftrag arbeiten: Es ist keine Verwaltungsroutine, sondern Ausdruck einer neuen kommunalen Wohnungspolitik, die Verantwortung übernimmt. Mit einer eigenen Leitung für soziale Stadtentwicklung und Mietenpolitik, ausgestattet mit verbindlichen Zuständigkeiten, entsteht die Grundlage, um Wohnungsbau, Mieter*innenschutz und Teilhabe strategisch zu steuern – statt nur zu reagieren. Ein solches Amt kann zur Herzstelle einer gemeinwohlorientierten Stadtpolitik werden. Es steht für eine Verwaltung, die nicht verwaltet, sondern gestaltet – solidarisch, nachhaltig und gerecht.

Unser Leitbild: Gießen wird eine Stadt, in der alle gut wohnen können – unabhängig von Herkunft, Einkommen, Geschlecht, Behinderung oder sexueller und geschlechtlicher Identität. Eine Stadt, die Wohnraum als Daseinsvorsorge versteht. Eine Stadt, die sich dem Markt widersetzt – und dem Gemeinwohl verpflichtet.

II. Öffentlicher Personennahverkehr & Mobilität

Sozial, ökologisch und kostenfrei – Mobilität als Klima- und Gerechtigkeitsfrage

Mobilität ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Jede:r – ob Kind, Senior:in, Rollstuhlfahrer:in, FLINTA*-Person oder Pendler:in aus dem Umland – muss sicher, zuverlässig und barrierefrei unterwegs sein können. Wir wollen eine Mobilitätswende, die Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität verbindet: Ein kostenfreier, inklusiver Nahverkehr, sichere Rad- und Fußwege sowie autofreie Begegnungszonen in der Stadt. Der ÖPNV muss so ausgebaut werden, dass er attraktiver als das Auto wird.

Dazu gehört, dass Bus, Regionalbahn und Fahrrad echte Priorität erhalten, dass Fußgänger:innen endlich Platz und Sicherheit bekommen und dass die Arbeitsbedingungen im ÖPNV verbessert werden. Mobilität und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben darf keine Frage des Geldbeutels sein: Der ÖPNV muss kostenfrei werden, bis dahin wollen wir Fahren ohne Ticket entkriminalisieren. Der ÖPNV dient dem Gemeinwohl und darf nicht dem Profit unterworfen werden.

1. Mobilität als Gerechtigkeitsfrage: Kostenfreier Nahverkehr und Schluss mit Kriminalisierung von Fahren ohne Fahrschein

In Gießen sind steigende Ticketpreise, darunter das Deutschlandticket mit 58 € (ab dem 1.1.2026 63€) im Monat, für viele Menschen kaum bezahlbar. Wer ohne Fahrschein fährt, riskiert Bußgelder von 60 €, die besonders Alleinerziehende, Arbeitslose oder Menschen mit geringem Einkommen treffen. Mobilität wird so zur sozialen Frage: Wer arm ist, bleibt ausgeschlossen, wer reich ist, ist mobil. Das belastet insbesondere Familien, erschwert den Zugang zu Bildung, Arbeit und Freizeit und verstärkt soziale Ungleichheit.

Deshalb fordern wir:

- sofort kostenfreie Sozialtickets, Senior*innen- und Azubi-Karten,
- mittelfristig völlige Ticketfreiheit, finanziert über eine solidarische und ökologische Nahverkehrsabgabe, die betrieblich oder kommunal orientiert ist,
- ein preisgünstiges kommunales Kombiticket, das die Nutzung von E-Bikes, Bahn und Bussen sowie Car-Sharing-Angeboten ermöglicht,
- keine Strafanzeigen bei Fahren ohne Fahrschein (in Anlehnung an die Umsetzung der Stadt Frankfurt).

2. Vorrang für den Bus

Gießen ist voll von Autos, die Straßen überlastet, Ampelanlagen nicht auf den ÖPNV abgestimmt – Busse stehen oft lange im Stau, kommen unpünktlich und überfüllt an. Das 2023 gestartete Pilotprojekt für Bus- und Radvorfahrt auf dem Anlagenring scheiterte mangels tragfähiger Planung und Beteiligung. Letztlich stoppte der Hessische Verwaltungsgerichtshof das Projekt, wofür Stadt und Steuerzahler*innen über eine Million Euro für Umbau und Rückbau aufbringen mussten. Seitdem fehlt jede vergleichbare Initiative.

Auch der Nahverkehrsplan 2026 blieb hinter den Erwartungen zurück: Ursprünglich sollte das Angebot um 50 % wachsen und die neuen Linien 3, 13 und 14 ins Europaviertel führen. Stattdessen fielen drei Haltestellen („Ebelstraße“, „Finanzamt“, „Georg-Hass-Straße“) weg und die Linie 12 wird umgeleitet. Das Resultat: marginale Takterhöhungen und schlechtere Anbindung junger Quartiere. Die ÖPNV-Verbindung Nordstadt–Weststadt zwingt zu umständlichen Umstiegen. Takte sind spärlich, Haltestellen weder beleuchtet noch barrierefrei.

Deshalb fordern wir:

- geschützte Busspuren und Ampelvorrang auf allen Hauptachsen,
- eng getaktete Verknüpfung von Bus und Bahn im 20-Minuten-Rhythmus, rund um die Uhr,
- direkte Anbindung des Europaviertels,
- dichtere Takte auf den Linien 801/802 – auch abends, am Wochenende und sonntags,
- Busfahrer:innen von Anfang an in die Planung einbeziehen.
- Schnellbusse in die Ortsteile,
- einen 30-Minuten-Takt ins angrenzende Umland bei Bus und Bahn,
- gut an den ÖPNV angebundene Park-&-Ride-Plätze am Stadtrand,
- Stadt- und Umlandlinien so verlängern, dass alle Züge, die in Gießen bis 24 Uhr ankommen, bedient werden.

Die Busflotte fährt noch überwiegend mit Diesel - Klimaneutral geht anders.

Wir fordern:

- eine schrittweise Umstellung aller Stadtbusse auf alternative Antriebe, vor allem Elektro-Busse.

3. Faire Arbeitsbedingungen im ÖPNV

Busfahrer:innen arbeiten bis zu 14 Stunden am Stück – oft ohne Pausen, weil es an Ampelanlagen zu langen Wartezeiten kommt oder sich verzögert in Bewegung setzen können, da sich die Türen wegen Überfüllung nicht schließen. Dienstpläne sind starr, Feiertagsdienste an Weihnachten oder Silvester erfolgen ohne Zuschläge. Beschäftigte werden nicht in die Planung neuer Linien oder die Gestaltung ihrer Arbeit eingebunden. Senior:innen müssen als Aushilfskräfte einspringen, während Fahrer:innen einem hohen Sicherheitsrisiko ausgesetzt sind.. Der Fachkräftemangel verschärft diese Belastungen zusätzlich. Viele Fahrer:innen fordern außerdem einen Ballungsraumzuschlag.

Das geht anders:

- volle Tarifbindung nach TV-N, inklusive Nacht- und Feiertagszuschläge sowie ein 13. Monatsgehalt,
- bezahlte Pausen, Pausenräume und Toiletten an allen Endhaltestellen,
- echte Mitbestimmung der Beschäftigten,
- eine bessere Organisation der Dienstpläne, insbesondere an Feiertagen
- Ballungsraumzuschläge für Fahrer:innen auf besonders stark frequentierten Linien, um die hohe Belastung angemessen zu honorieren,
- eine Einstellungsoffensive und attraktive Arbeitsbedingungen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken,
- Unterstützung der Fahrer:innen durch Lots:innen in den Bussen, die Fahrgäste informieren und im Notfall deeskalieren können.

4. Regiotram vorbereiten und umsetzen

Das Regiotramsystem, wie es in Kassel und Umgebung existiert, wäre ein wichtiger Schritt, um die Anbindung des Umlands schnell, sicher und komfortabel ohne Auto und Parkraum zu ermöglichen. In der Diskussion ist eine Linie in Verlängerung der Vogelsbergbahn von Osten über die Grünberger Straße in die Stadt oder aus dem Lumdatal (nach Reaktivierung der Lumdatalbahn) über die Nordstadt. Dies erfordert auch die Zusammenarbeit mit den benachbarten Landkreisen und Städten Wetzlar und Marburg.

Bereits 2023 existierte eine erste Machbarkeitsstudie als wissenschaftliche Untersuchung an der Universität Gießen. Sie legte Potenziale und Risiken dar, empfahl jedoch eine weitere vertiefende, kommunal beauftragte Machbarkeitsstudie. Trotz mehrfacher Ankündigungen wurde eine solche Studie bislang nicht umgesetzt. Aktuell läuft eine Petition, die die Stadtverwaltung auffordert, vor geplanten Straßensanierungen – z. B. der Grünberger Straße – die Machbarkeitsstudie für die Regiotram durchzuführen und das Projekt ernsthaft zu prüfen.

Wir fordern:

- Durchführung der umfassenden, kommunal beauftragten Machbarkeitsstudie für die Regiotram, bevor weitere Straßensanierungen oder teure Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt werden,
- Prüfung einer Regiotram als Mobilitätsrückgrat für Stadt und Umland,
- Verlängerung der Vogelsbergbahn über die Grünberger Straße in die Stadt,
- nach Reaktivierung der Lumdatalbahn auch Anbindung dieses Gebiets,
- neue Bahnhalte am Ulner Dreieck,
- enge Kooperation mit Nachbarstädten wie Wetzlar und Marburg,
- Erstellung einer Machbarkeitsstudie für eine City-Seil-

bahn von der Nordstadt bis zum Philosophikum und Klinikum

5. Fußgänger:innen – größte Gruppe der Verkehrsteilnehmer:innen

Zugeparkte Fußwege, mangelhafte Beleuchtung, nicht abgesenkte Bordsteine, wie Fallen aufgestellte Verkehrsschilder – das sind nur einige der Probleme, mit denen sich Menschen zu Fuß täglich auseinandersetzen müssen. Hinzu kommen zu kurz getaktete Grünphasen der Ampeln. Dabei sollte die Sicherheit für diese Gruppe der Verkehrsteilnehmer:innen, die zum großen Teil aus Kindern, Jugendlichen, älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen besteht, an oberster Stelle stehen.

Wir brauchen:

- verlängerte Grünphasen an Ampeln und Einführung von „Grün auf Knopfdruck“ für Fußgänger:innen,
- Einrichtung von „Diagonal-Grünphasen“ an Kreuzungen mit viel Fußverkehr, damit Fußgänger:innen in alle Richtungen gleichzeitig queren können,
- den flächendeckenden Ausbau barrierefreier, breiter und beleuchteter Gehwege,
- Gehwegparken konsequent verhindern – Gehwege sind für Menschen da, nicht für Autos,
- eine:n Beauftragte:n für Menschen, die zu Fuß unterwegs sind,
- sichere Schulwege: „BikeBus“ oder „Laufbus“ statt Elterntaxi.

6. Radverkehr als Rückgrat

Gießen schneidet im ADFC-Fahrradklima-Test 2024 mit der Note 4,0 („ausreichend“) ab. Schmale Wege, Lücken im Radnetz, gefährliche Kreuzungen und fehlende Abstellanlagen zwingen Radfahrende (darunter FLINTA*, Kinder und Senior:innen) häufig in den motorisierten Verkehr. Besonders gravierend ist die Situation an Schulen: Viele Grundschulen und weiterführende Schulen sind nur über unsichere, unübersichtliche oder gar fehlende Radwege erreichbar. Kinder sind gezwungen, sich durch Autoverkehr zu schlängeln, während Eltern aus Sorge oft lieber zum Auto greifen. Damit bleibt Radfahren gerade für junge Menschen unattraktiv und gefährlich. Auch das Fahrradstraßensystem ist lückenhaft und oft nicht mit konsequenter Verkehrsberuhigung verbunden – Radfahrende teilen sich die engen Straßen weiter mit zu vielen und zu schnellen Autos.

Deshalb fordern wir:

- Flächendeckender Ausbau breiter, sicherer Radwege in allen Stadtteilen,
- Vorrang für Radfahrende an Kreuzungen und ein konsequent erweitertes Fahrradstraßensystem mit umfassender Verkehrsberuhigung,
- Sichere und übersichtliche Wege zu allen Grund- und weiterführenden Schulen, inklusive klarer Markierungen, Ampelregelungen und Beleuchtung,
- Ausbau und Förderung von „Fahrradbussen“, damit Kinder gemeinsam sicher zur Schule radeln können,
- Lastenrad-Sharing und kommunale Reparaturstationen in allen Quartieren.

7. Autofreie Begegnungszonen

Seit 2019 beschlossene Verkehrsberuhigungen wurden kaum umgesetzt: Der Brandplatz ist weiterhin ein Asphaltparkplatz, statt einer lebendigen, autofreien Begegnungszone mit Grünflächen, Spielangeboten und Aufenthaltsqualität. Bürgersteige und Radwege werden durch parkende Autos eingeengt, teils sogar illegal, was die Sicherheit für Fußgänger:innen, Radfahrende und Familien erheblich gefährdet. Die Dominanz des Autos reduziert die Lebensqualität in der Stadt, behindert soziale Begegnung und gefährdet insbesondere Kinder, Senior:innen und Menschen mit Behinderungen.

Deshalb fordern wir:

- Sperrung von Brandplatz und innerem Anlagenring für Pkw. Umsetzung des Konzepts „Gießen Autofrei“, begleitet durch aktualisierte Prüfung durch Sachverständige,
- Einrichtung elektrischer Shuttleservices und Lastenradlogistik als Alternativen für Lieferverkehr und Pendler:innen,
- eine Überprüfung der Parkplatzsatzung, die autofreie Innenstädte fördert,
- Schaffung neuer Begegnungszonen mit Grünflächen, Spielmöglichkeiten und Aufenthaltsqualität für alle Generationen.

8. FLINTA*-Nachttaxi & sicheres Nachtliniennetz

Viele FLINTA* meiden nachts Bus und Bahn aus Angst vor Übergriffen. Das aktuelle Frauennachttaxi ist zu klein gedacht und nicht niedrigschwellig genug.

Wir wollen stattdessen ein inklusives Nachtnetz:

- Ausbau des Nachttaxis zu einem sicheren Liniennetz,
- geschultes Personal, bessere Beleuchtung und Notrufsäulen entlang der Strecken.

9. Barrierefreiheit & Sicherheit

Viele Haltestellen sind bis heute nicht abgesenkt, Leit- und Ansagesysteme fehlen. So ist Mobilität für Menschen mit Behinderung nicht nutzbar.

Wir sorgen für echte Teilhabe:

- Barrierefreie Haltestellen mit taktilem Leitsystem und audiovisueller Fahrgastinfo, sowieso lückenloser Ausbau der Braille- Schrift an allen Haltestellen, um Sehbeeinträchtigte möglichst niedrigschwellige Teilhabe am ÖNV zu ermöglichen,
- durchgehende Beleuchtung und Notrufsäulen, vor allem auf der Strecke des FLINTA*-Nachtliniennetzes,
- Antidiskriminierungs- und Deeskalationsschulungen für das Personal.

Obwohl seit 2020 beschlossen, gilt Tempo 30 nur auf rund 60 % der Wohnstraßen – auf den Hauptachsen herrscht weiter Tempo- und Lärmstress.

Wir wollen:

- Tempo 30 flächendeckend im gesamten Stadtgebiet,
- konsequente Kontrolle und mehr Blitzkästen.

10. Demokratische Mobilitätsplanung

Mobilität wird in Gießen oft vorbei an den Bedürfnissen der Menschen und der Fahrer:innen geplant.

Wir wollen Transparenz und Mitbestimmung:

- regelmäßige Runde Tische mit Fahrer:innen im ÖPNV, FLINTA*-Vertreter:innen, Menschen mit Behinderung, Schüler:innen, Gewerkschaften und Anwohnenden,
- verbindliche Bürger:innen-Versammlungen mit verbindlichen Beschlüssen,
- öffentliche zugängliche, transparente Monitoring-Berichte zu CO_2-Einsparungen, Barrierefreiheit und Fahrgastzahlen.

Gießen braucht keine Symbolpolitik, sondern eine echte, sozial-ökologische Mobilitätswende. Wir geben Bus, Bahn, Rad und Fußverkehr Vorrang, schaffen autofreie Zonen und verbinden Mobilität mit Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit.

III. Soziale und ökologische Infrastruktur

Unser drittes Leitthema bündelt jene Bereiche, die das Leben in Gießen nachhaltig, gerecht und lebenswert machen. Dazu gehören Antifaschismus, öffentliche Bildung, Arbeit, Klima- und Umweltpolitik, eine solidarische Gesundheits- und Suchthilfeversorgung, demokratische Teilhabe und starke Vereine sowie ein vielfältiges Kultur- und Sportangebot und eine inklusive Sicherheitspolitik. Diese Felder greifen ineinander: ökologische Verantwortung ist ohne soziale Absicherung nicht möglich und soziale Gerechtigkeit bleibt ohne demokratische Teilhabe unvollständig — beides braucht verlässliche, öffentliche Infrastrukturen.

Angesichts des Erstarkens rechter Kräfte und der wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung setzen wir Antifaschismus an den Anfang dieses Teils. Antifaschistisches Handeln ist für uns nicht nur Erinnerungskultur: Es ist präventive Politik, Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und Grundvoraussetzung dafür, dass Bildung, Soziales und Kultur frei von Ausgrenzung funktionieren können.

1. Antifaschismus, Erinnerungskultur und Frieden

Klare Kante gegen Rechts – Antifaschismus ist unteilbar!

Die Lage ist ernst: Die AfD liegt in den Wahlumfragen bundesweit bei rund 25 %. Auch in Gießen versuchen rechte Akteur:innen, ihre Ideologie in die Stadtgesellschaft einzubringen. Rechte Strukturen und das Erstarken rechter Einstellungen bedrohen unsere demokratische Ordnung. Als Linke verstehen wir Antifaschismus umfassend: Er umfasst akutes Gegensteuern gegen rechte Aktivitäten und präventive Sozialpolitik. Gute Lebensbedingungen, gerechte Infrastruktur, bezahlbarer Wohnraum und gesellschaftliche Teilhabe sind zentrale Bestandteile des Kampfes gegen rechte Erzählungen.

Im November 2025 hat sich die Jugendorganisation der AfD in Gießen neugegründet. Gegen diese Neugründung stellen wir uns – gemeinsam mit vielen lokalen Initiativen, Bündnissen und zivilgesellschaftlichen Organisationen – aktiv. Dieser Einsatz zeigt: Lokales Engagement funktioniert, aber es braucht mehr. Vieles von dem, was geleistet wurde, war Ergebnis ehrenamtlicher Bündnisarbeit. Die Stadt hätte hier eine stärkere, proaktive Rolle einnehmen müssen.

Akteur:innen wie die Gruppe Widersetzen, die sich gegen Rechtsextremismus und Faschismus engagieren, dürfen nicht diskreditiert werden. Statt sie zu marginalisieren, muss die Kommune sie ernst nehmen, Schutz, Raum und Ressourcen bieten und deren Expertise in kommunale Strategien einbeziehen.

Was die Stadt Gießen jetzt konkret tun muss:

- Die Kommune muss mehr Initiative zeigen und systematisch gegen rechte Strukturen vorgehen – nicht nur reagieren, sondern präventiv handeln und zivilgesellschaftliche Kräfte stärken.
- Kommunale Koordinationsstelle / Ansprechpartner:in für Antifaschismus und Erinnerungskultur: Einrichtung einer festen Stelle, die Bildungsarbeit, Bündnisse und schnelle Reaktionen koordiniert und als Schnittstelle zu zivilgesellschaftlichen Akteur:innen dient.
- Unterstützung lokaler Organisationen und Bündnisse: Unbürokratische, regelmäßige Fördermittel, Schutzräume und organisatorische Unterstützung für Initiativen, die gegen Rechtsextremismus und Faschismus arbeiten. Keine Diskreditierung engagierter Gruppen – stattdessen Kooperation und Einbindung.
- Breite Netzwerke statt Einzeleinsatz: regelmäßige Runden mit Gewerkschaften, Schulen, Jugendzentren, Glaubensgemeinschaften und migrantischen Initiativen, kulturpolitischen Akteur:innen und antifaschistischen Bündnissen, um gemeinsam Präventions- und Gegenstrategien zu entwickeln.
- Debatten- und Umgangsregeln in städtischen Gremien: Verbindliche Standards für Debattenkultur (Moderation, Umgang mit Hassrede, Sanktionen bei Hetze), um Extremismus keine Foren zu gewähren.
- Kommunale Initiativen auf Landes-/Bundesebene: Aktives Einwirken über Städtetag & Kooperationspartner, um rechtliche Schritte (Anstoß von AfD-Verbotsverfahren) zu unterstützen; gezielte Ansprache von Vertreter:innen anderer Parteien, um ihre Vertreter:innen in antragsberechtigten Organen dafür zu mobilisieren.
- Präventions- und Bildungsprogramme: Ausbau schulischer und außerschulischer Demokratieförderung, Workshops zu Radikalisierungsprävention, Fortbildungen für Verwaltungs- und Polizeikräfte.

Erinnerungskultur

Erinnerung ist Teil antifaschistischer Praxis, sie muss aber eingebettet sein in aktives gegenwartsbezogenes Handeln.

Deshalb fordern wir:

- Kopf / Denkmal für Ria Deeg: Errichtung eines gut sichtbaren Erinnerungszeichens für Ria Deeg (Büste, künstlerisches Portrait o.ä.) mit erläuternder Tafel und begleitendem Bildungsprogramm. Standort und Gestaltung sollen in einem transparenten Prozess mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Schulen und Expert:innen beschlossen werden.
- NS-Dokumentations- und Lernort: Einrichtung eines zentralen Lern- und Dokumentationsortes zur lokalen NS-Geschichte und zum Widerstand.
- Finanzielle Absicherung von Initiativen: Fest eingeplante Zuschüsse etwa für „Stolpersteine Gießen“ und für antifaschistische Kulturprojekte und Kulturstätten.
- Kontextualisierung von Denkmälern: In Gießen stehen mehrere Denkmäler, die Soldaten gewidmet sind, ohne dass ihre Rolle im Zweiten Weltkrieg kritisch reflektiert wird und die die Rolle der Wehrmacht oder anderer militärischer Verbände im zweiten Weltkrieg unreflektiert würdigen. Deshalb setzen wir uns für das Anbringen erklärender Tafeln an bestehenden Denkmälern, die historische Verantwortung und die Verbrechen des NS-Regimes benennen, ein.

Frieden lokal vorantreiben

Frieden ist untrennbar mit Antifaschismus, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit verbunden. Gießen tritt dafür ein, lokale Schritte mit internationaler Verantwortung zu verbinden: Die Stadt soll sich zu friedensorientierten Städten bekennen, kommunale Friedensbildung verankern und aktiv an Netzwerken wie Mayors for Peace teilnehmen. Solche städtischen Verpflichtungen sind kein Symbol, sondern ein Instrument kommunaler Außenwirkung: Sie ermöglichen städteübergreifende Solidarität, friedenspädagogische Projekte in Schulen und Jugendzentren sowie gemeinsame Initiativen für Abrüstung, humanitäre Hilfe und zivilgesellschaftlichen Austausch.

Nie wieder ist jetzt! Antifaschismus beginnt vor Ort: mit entschlossener Sozialpolitik, aktiver Unterstützung der Zivilgesellschaft, sichtbarer Erinnerungskultur und klaren Regeln für das demokratische Miteinander. Gießen muss eine Kommune sein, die Antifaschismus lebt: solidarisch, widerständig und entschlossen gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit.

2. Bildung als öffentliche Aufgabe

Für Bildung, die niemanden zurücklässt – von der Kita bis zum lebenslangen Lernen

Bildung entscheidet über Lebenschancen, Teilhabe und persönliche Entwicklung. In Gießen sind viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene benachteiligt – besonders Menschen aus finanziell benachteiligten Familien, mit Migrationsgeschichte oder Behinderung. Das aktuelle System verstärkt Ungleichheiten durch frühe Selektion, fehlende Ressourcen, mangelhafte Inklusion und unzureichende Weiterbildungsmöglichkeiten.

Wir wollen eine solidarische Bildungslandschaft, die von der Kita über Schule und Hochschule bis hin zur Erwachsenenbildung reicht. Bildungseinrichtungen sollen Orte der Vielfalt, Gerechtigkeit und des gemeinsamen Lernens sein. Kein Mensch darf zurückbleiben – weder aufgrund des Wohnorts noch wegen sozialer oder individueller Voraussetzungen. Lebenslanges Lernen ist dabei verbindliche Leitlinie für alle Bildungsbereiche.

Frühkindliche Bildung – beitragsfrei, bedarfsgerecht, wohnortnah

In Gießen fehlen aktuell rund 500 Kita-Plätze – besonders stark betroffen sind die Stadtteile Allendorf/Lahn, Kleinlinden und Lützellinden. Projekte wie die bislang ungenutzte Kita am Seltersweg zeigen, wie fehlende Planung und falsche Prioritäten zu Lasten einer bedarfsgerechten Versorgung gehen. Es ist dringend notwendig, Kita-Plätze nach sozialem Bedarf zu planen, besonders in benachteiligten Quartieren, gleichzeitig die Arbeitsbedingungen zu verbessern und ausreichend Fachkräfte einzustellen.

Wir fordern:

- Beitragsfreie, flächendeckende Kitas, insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, in Kooperation mit freien Trä-

gern,

- Transparente Bedarfsplanung statt Prestigeprojekte, damit Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden,
- Mehr Fachkräfte und gute Arbeitsbedingungen: Anerkennung ausländischer Abschlüsse fördern, Quereinsteiger qualifizieren, Personal aufstocken,
- Fort- und Weiterbildung: Budget erhöhen, um Qualität in allen Einrichtungen zu sichern,
- Kapazitätserweiterung: Bau neuer Kindergärten, Reduzierung der Vorlaufzeiten für Anmeldungen,
- Gesunde und gerechte Verpflegung: Einkommensgestaffelte Essenspreise, Ernährungs- und Pauschalmodelle. Ziel ist ein gesundes und kostenfreies Mittagessen für alle,
- Wir unterstützen die Gewerkschaften beim Kampf für bessere Löhne in den sozialen Bereichen,
- Multiprofessionelle Teams in Kindergärten, Therapeutische Angebote und Fördermaßnahmen, die auch den Bereich der frühkindlichen Bildung abdecken.

Solidarisches lernen – Ganztagsschulen und individuelle Förderung

Das gegliederte Schulsystem verstärkt soziale Ungleichheiten und benachteiligt besonders Kinder aus finanziell benachteiligten Familien, mit Migrationsgeschichte oder mit Behinderung. In Gießen müssen Schulwege sicher gestaltet werden. Kosten für Lernmaterialien und fehlende Angebote für Inklusion und Ganztagsbetreuung müssen überwunden werden, damit Bildung wirklich allen offensteht.

Wir setzen auf Ganztagsschulen mit individueller Förderung, inklusiver Pädagogik und diskriminierungsfreien Lernräumen. Lernmittel wie Bücher, Tablets und Software dürfen keine Kostenfrage sein, Schulwege müssen barrierefrei und sicher gestaltet werden, z. B. durch kostenfreie ÖPNV-Tickets für Schüler:innen, Azubis und Studierende.

Wir fordern:

- Ausbau inklusiver Gemeinschaftsschulen bis Klasse 10 mit Ganztagsangeboten und individuellen Förderprogrammen,
- Lernmittelfreiheit, auch digitale, durch städtische Unterstützung sicherstellen,
- Ausbau des herkunftssprachlichen Unterrichts zur Anerkennung sprachlicher Vielfalt,
- Keine Werbe- oder Rekrutierungsbesuche der Bundeswehr an Gießener Schulen,
- Kostenlose Deutschland-, Kino- und Schwimmbadtickets für Schüler:innen, Azubis und Studierende,
- Kostenfreies, gesundes Mittagessen für alle, möglichst aus regionalem und biologischem Anbau,
- Priorität für die Behebung des Sanierungsstaus an Schulen,
- Stärkung demokratischer Strukturen wie Stadt- und Kreisschülerrat,
- Verbesserung der Ausstattung: Wasserspender, Mülltrennung, verlässlicher Internetzugang, kostenlose Hygieneartikel,
- Ausbau der Schulwegsicherheit und Entwicklung von Konzepten „Schulen aufs Rad“.

Inklusion konsequent umsetzen

Inklusion ist ein Menschenrecht und darf nicht am Geld scheitern. Der sogenannte Ressourcenvorbehalt verhindert vielerorts echte Teilhabe. Inklusion muss verbindlich finanziert, barrierefrei gestaltet und personell abgesichert sein.

Wir fordern:

- Ressourcenvorbehalt abschaffen – Inklusion verbindlich und voll finanziert umsetzen,
- Städtischen Aktionsplan für barrierefreie Bildung,
- Multiprofessionelle Teams an allen Bildungseinrichtungen aufbauen: für individuelle Förderung und gegen Rassismus, Diskriminierung und Mobbing,
- Institutionen wie die Jugendwerkstatt sind wertvoll und müssen weiterhin verlässlich und planbar unterstützt werden.

Bildung als sozialer Raum – psychische Gesundheit stärken

Viele Kinder und Jugendliche stehen unter hohem Druck. Bildungseinrichtungen müssen Schutzräume sein, die stärken statt überfordern. Dafür braucht es multiprofessionelle Teams mit Sozial- und Schulpsycholog:innen. Fachkräftemangel dahingehend muss durch Anerkennung ausländischer Abschlüsse und gezielte Weiterbildung aktiv bekämpft werden.

Wir fordern:

- Multiprofessionelle Teams an allen Schulen mit Sozialarbeit, Schulpsychologie und Sonderpädagogik,
- Psychosoziale Angebote wie Schulsozialarbeit, Peer-Mentoring und Präventionsprogramme,
- Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte und Fachkräfte im Bereich psychische Gesundheit.

Hochschulen in der Krise – kommunale Handlungsmöglichkeiten nutzen, Hochschulverband unterstützen

Die Gießener Hochschulen stehen unter Druck: Befristete Arbeitsverhältnisse, hohe Lebenshaltungskosten und wachsende Abhängigkeit von Drittmitteln bedrohen gute Lehre und kritische Wissenschaft. Der Hochschulpakt 2026 führt zu massiven Kürzungen. Gleichzeitig fehlen bezahlbarer Wohnraum und eine verlässliche ÖPNV-Anbindung. Drittmittelprojekte mit Rüstungsbezug widersprechen dem Anspruch gemeinwohlorientierter Wissenschaft. Die deutschen Hochschulen sind seit nunmehr 30 Jahren der Profitlogik unterworfen. Dies verhindert eine objektive, freie Wissenschaft und trägt aktiv zur Verschlechterung der Lehre bei.

Wir unterscheiden klar zwischen kommunal umsetzbaren Maßnahmen und Punkten, die wir gemeinsam mit dem Hochschulverband SDS unterstützen.

Kommunal umsetzbar:

- Bezahlbaren Wohnraum schaffen – Die Stadt kann Wohnraum gezielt für Studierende und prekär beschäftigte Hochschulmitarbeitende fördern, z. B. durch städtische Wohnungsbauprojekte oder Kooperationen mit Genossenschaften,
- Bessere ÖPNV-Anbindung der Hochschulen – Fahrpläne, barrierefreie Haltestellen und kostenlose Tickets für den ÖPNV in Gießen.

Unterstützung des Hochschulverbandes:

- Grundfinanzierung sichern – Wir treten gemeinsam mit dem SDS für eine ausreichende staatliche Finanzierung der Hochschulen ein,
- Zivilklausel an allen Hochschulen verankern – Wir unterstützen den SDS bei der Durchsetzung von Richtlinien gegen Militärforschung und Kooperationen mit der Rüstungsindustrie,
- Hochschulpolitik stärken – Wir fördern demokratische und kritische Studierendenvertretungen, die sich für transparente Entscheidungen und faire Arbeitsbedingungen einsetzen.

Erwachsenenbildung – Zugang für alle, Weiterbildung für alle

Die Möglichkeit des lebenslangen Lernens sollte allen Menschen offenstehen. Die Volkshochschule Gießen bietet ein umfangreiches Kursprogramm in den Bereichen Gesellschaft, Kultur, Gesundheit, Sprachen und Beruf. Bildungscoaches, proAbschluss und das Zentrum für Arbeit beraten in den Landkreisen Gießen, Vogelsberg und Wetterau Unternehmen und deren Beschäftigte sowie Arbeitnehmer:innen als Privatpersonen zu beruflicher Weiterbildung und Fördermöglichkeiten.

Wir fordern:

- Zugang für alle – Gebührenfreiheit für finanziell benachteiligte Teilnehmende,
- Qualifizierungsoffensive – Ausbau der Bildungsberatung und -förderung,
- Digitale Angebote – Ausbau von Online-Kursen und -Beratung,
- Kooperationen stärken – Zusammenarbeit mit lokalen Akteur:innen und Institutionen.

Bildung eröffnet Perspektiven und gesellschaftliche Teilhabe – wir setzen uns für eine Stadt ein, in der niemand zurückbleibt.

3. Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung

Faire Arbeit. Gute Ausbildung. Mitbestimmung stärken.

Arbeit muss sich lohnen. Wir arbeiten, um zu leben und leben nicht, um zu arbeiten. Arbeitszeit und somit erkaufte Lebenszeit sind unser höchstes Gut als Arbeitnehmer:innen. Entgegen dem bundesweiten Trend das Arbeitszeitgesetz und somit den 8h-Tag aufzuweichen, werden wir als Linke Gießen uns weiterhin auf allen Ebenen gewerkschaftliche Errungenschaften verteidigen und für weniger Arbeitszeit kämpfen.

Gute Arbeitsplätze entstehen nur durch basisdemokratische Beteiligung der Beschäftigten in Form von betrieblicher Mitbestimmung sowie durch Tarifverträge. Laut dem deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) sind in Deutschland lediglich 49% der Betriebe tarifgebunden, für Hessen sind es 50%, Tendenz stark sinkend. Lediglich 37% der Beschäftigten arbeiten in

einem privatwirtschaftlichen Betrieb mit Betriebsrat oder Personalrat, im öffentlichen Dienst liegt der Anteil deutlich höher. Arbeiternehmer:innen-Vertretungen haben gerade in Krisenzeiten bewiesen, dass sie ein Garant für Arbeitsplatzsicherheit und für soziale Absicherung sind. Das duale Ausbildungssystem bestehend aus dualer Berufsausbildung und dualem Studium sind der Grundstein zur Fachkräftesicherung, dieses System muss auf kommunaler Ebene mehr Berücksichtigung finden, gerade in Bezug auf Bildungseinrichtungen wie berufsbildende Schulen und Fachhochschulen. Das duale Studium ist immer noch nicht im Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) verankert, daher fehlt es an einheitlichen Regelungen für diese stark wachsende Ausbildungsgruppe. Tarifverträge regeln den Grundstein für diese Lücke. Auch die „Gender-Pay-Gap“ also die ungleiche Bezahlung aufgrund von unterschiedlichen Geschlechtern wird durch Tarifverträge geschlossen.

Daher muss die kommunale Politik den Fokus deutlicher auf die Ansiedlung und Förderung von mitbestimmten sowie tarifgebundenen Unternehmen legen. Tarifgebunden ist nur jener Betrieb, der nicht nur einen Tarifvertrag anwendet, sondern sich auch aktiv an deren Entstehung beteiligt.

Daher fordern wir:

Arbeit

- Kommunale Aufträge und Fördermittel nur an Betriebe, die einen
- Betriebs- oder Personalrat haben sowie sich aktiv am Entstehen und
- Erhalten von Tarifverträgen beteiligen,
- Die Etablierung einer kommunalen Sonderbeauftragten für betriebliche Mitbestimmung, um Beschränkungen der Mitbestimmung aufzudecken und die zeitnahe Wahl von Mitbestimmungsgremien bei neu angesiedelten Betrieben zu gewährleisten,
- Steuerrechtliche Instrumente, wie bspw. die temporäre Absenkung der Gewerbesteuer, nur für mitbestimmte und tarifgebundene Unternehmen.

Ausbildung

- Fahrtkostenzuschüsse für Auszubildende und dual Studierende auf dem Weg in die jeweilige Bildungseinrichtung,
- Kommunales Zugangsrecht für die DGB-Gewerkschaften in berufsbildenden Schulen sowie zu dualen Hochschulen. Junge Arbeitnehmer*innen müssen frühzeitig über ihre Rechte im Betrieb aufgeklärt werden. Dieser Informationspart kommt in den allgemeinbildenden Fächern zu kurz oder bleibt unerwähnt,
- ein kommunaler Fördertopf für Demokratieprojekte an berufsbildenden Schulen, der unabhängig von Landesmitteln besteht,
- Kommunale Aufstockung der Mindestausbildungsvergütung auf die branchenübliche tarifliche Ausbildungsvergütung bei besonderen Härtefällen,
- Bei kommunalen Einrichtungen wie dem Bauhof: Ausbildungsverbünde mit örtlichen Handwerksbetrieben schließen.

Hinzu kommt, dass die Stadt bei ihren eigenen Unternehmen zeitweise auf Kosten der Beschäftigten gespart hat. So sind viele Busfahrer:innen im Gießener Stadtverkehr nicht direkt bei den Stadtwerken, sondern in einer Tochterfirma (MitBus GmbH) angestellt – mit deutlich schlechteren Bedingungen. Vier Jahre lang gab es keine Lohnerhöhung, der Stundenlohn lag bei etwa 17,40 € und es fehlen Sonderzahlungen wie das Weihnachtsgeld. Erst durch Warnstreiks („Wir haben die Nase voll“) erkämpften sich die Fahrer*innen höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Dieses Zwei-Klassen-System innerhalb kommunaler Betriebe ist unsozial und untergräbt die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand.

Kommunale Betriebe demokratisieren und gute Arbeit garantieren

Die städtischen Unternehmen (Stadtwerke Gießen, Verkehrsbetriebe, Mittelhessische Wasserbetriebe, Wohnbau Gießen etc.) gehören den Bürger:innen – sie müssen unseren Bedürfnissen dienen und allen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, Outsourcing und prekäre Beschäftigung bei kommunalen Betrieben zu beenden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss gelten: Ausgelagerte Beschäftigte (wie die Busfahrer:innen bei der MitBus GmbH) sind wieder in den kommunalen Tarif zu überführen, damit niemand mehr zu Dumping-Konditionen arbeitet.

Zudem fordern wir die Einrichtung von Beschäftigtenräten mit echten Mitbestimmungsrechten in allen städtischen Unternehmen – Arbeitnehmer:innen-Vertretungen müssen bei strategischen Entscheidungen eingebunden werden. Investitionen müssen künftig „in Menschen statt in Management“ fließen: Das bedeutet mehr Personal, bessere Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen in Bereichen, die für Gießen essenziell sind (z. B. ausreichende Busfahrer:innen für einen zuverlässigen ÖPNV, genügend Fachkräfte in Kitas und Pflege, ausreichende Handwerker bei den Stadtwerken für die Umsetzung der Energiewende usw.). Wir streben an Modellprojekte zur Arbeitszeitverkürzung (mit vollem Personalausgleich) im kommunalen Bereich zu prüfen – denn eine humane Wirtschaftspolitik ist nicht auf Profit aus, sondern will die Bedürfnisse der Menschen erfüllen und die Lebensqualität der Beschäftigten verbessern. Kommunale Betriebe sollen demokratisch und sozial geführt und nicht länger kaputtgespart werden.

Das heißt: Weiterbildung und Qualifizierung der Beschäftigten müssen mit dem technischen Fortschritt mithalten – niemand darf durch Automatisierung ins Abseits gedrängt werden. Zudem setzen wir uns für eine demokratische Technikgestaltung ein: Neue Technologien wie künstliche Intelligenz sollen in städtischen Projekten nur unter Beteiligung der Betroffenen (z.B. Personalräte bei Einführung von KI-Systemen in der Verwaltung) eingeführt werden. Diese haben hierbei die Deutungs- und Entscheidungshoheit.

Arbeit muss den Bedürfnissen der Menschen dienen. Unser Ziel ist eine demokratische Wirtschaft, die sozial gerecht und durch die Teilhabe aller funktioniert.

4. Klima-, Energie-, Umwelt- und Tierpolitik

Unser Ziel: Klimaneutral, sozial gerecht und lebenswert

Unser Anspruch ist klar: Gießen soll bis 2035 klimaneutral, sozial gerecht und lebenswert sein. Jeder Euro für erneuerbar Energie, ÖPNV, Begrünung oder Sanierung zahlt sich doppelt aus – durch gesparte Kosten, bessere Gesundheit und eine sichere Zukunft. Wir wollen einen echten Kurswechsel, verbinden ökologische Verantwortung mit sozialer Teilhabe und leiten daraus konkrete Maßnahmen ab. Packen wir es an – konsequent, solidarisch und demokratisch. Aber wir sagen klar: Diese Reformen sind ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie dienen dazu, das Leben der Gießener:innen unter der Klimakatastrophe zu verbessern. Solange unser Wirtschaftssystem auf unendlichem Wachstum basiert, kann kein nachhaltiger und wirksamer Klimaschutz realisiert werden. Hierfür braucht es einen weitgreifenden, bundesweiten Umbruch unserer Wirtschaftspolitik.

Ambitioniertes Klimaziel ohne Plan: Wo Gießen heute steht

Im Jahr 2019 beschloss das Gießener Stadtparlament auf Initiative eines Bürgerantrags, dass Gießen bis 2035 klimaneutral werden soll. Doch dieses Ziel blieb unverbindlich. Fünf Jahre später ist klar: Die Emissionen liegen mit rund 563.000 Tonnen CO_2 pro Jahr weiterhin hoch, die erforderliche jährliche Reduktion um etwa 43.000 Tonnen wird bei weitem verfehlt. Zwar wurden mit dem kommunalen Wärmeplan und einem Klimabeirat erste Schritte unternommen, doch ein verbindlicher und ambitionierter Masterplan fehlt. Stattdessen rückt die Stadtregierung vom selbst gesetzten Klimaziel ab und spricht von „realistischeren“ Ansätzen – ein folgenschwerer Rückschritt. Wir fordern, dass die Reichsten der Stadt einen gerechten Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir lehnen es ab, die Lasten der Klimakatastrophe den Schwächsten aufzubürden.

Wir fordern:

- Klimaneutralität bis 2035 verbindlich festschreiben,
- jährliche CO_2-Budgets einführen,
- Klimavorbehalt im Haushalt verankern,
- verpflichtende Nachsteuerung bei Zielverfehlung,
- sozial-ökologische Standards in Förderrichtlinien festlegen,
- Standards für klimagerechtes Bauen zuverlässig einhalten und verbessern.

Die Klimakrise ist spürbar – und wird verharmlost

Die Auswirkungen der Klimakrise in Gießen sind längst sichtbar: 2022 verendeten Fische im Neuen Teich durch Sauerstoffmangel, Bäume leiden unter der Dürre, die Innenstadt wird zur Hitzefalle. Gießen erhielt von der Deutschen Umwelthilfe die „rote Karte“ in Sachen Hitzeschutz – mit Oberflächentemperaturen von über 36 °C. Dennoch wurden stadtklimatisch wirksame Grünflächen weiter versiegelt und hunderte Bäume für Bauprojekte gefällt. Besonders gravierend: Die geplante Rodung von vier Hektar Wald bei Bieber+Marburg für eine Betriebserweiterung. Für uns inakzeptabel!

Unsere Forderungen sind:

- Keine weitere Netto-Versiegelung, stattdessen Entsiegelung und Begrünung,
- Erhalt der Grünflächen und des Waldes – für jeden gefällten Baum muss in Zukunft mindestens ein neuer gepflanzt werden,
- die vom jetzigen Magistrat geplante Rodung am Schwanenteich muss verhindert werden – am Uferweg dort sind die undichten Stellen zu reparieren und der gesperrte Weg muss wieder geöffnet werden. Wir unterstützen die Sanierungsvorschläge des Uferwegs der Bürgerinitative „Rettet die Bäume am Schwanenteich“.

- Bauprojekte mit verbindlichem Grünanteil, Frischluftschneisen und Baumerhalt,
- Schottergärten per Gestaltungssatzung untersagen,
- Förderung von Urban Gardening, begrünten Höfen und Vorgärten sowie Baum-/Grünflächenpatenschaften.

Wärmewende: Fernwärme ökologisch und bezahlbar gestalten

Ein zentraler Hebel ist die Fernwärme. Das Fernwärmenetz in Gießen ist groß, wird aber überwiegend mit Erdgas betrieben - das macht es klimaschädlich und teuer. Die SWG-Fernwärme gehört zu den teuersten bundesweit.

Dafür fordern wir:

- klimaneutrale und bezahlbare Fernwärme bis spätestens 2035 - nicht erst 2045, wie bisher geplant, inklusive sozialer Tarifklauseln und Transparenzpflicht,
- massive Investitionen in Großwärmepumpen, Nutzung von Abwasser- und Flusswärme, Solarthermie und Biomasse,
- sozial gerechte Tarife in der Versorgung und transparente Preisgestaltung,
- Ausbau der Förderung für Umstiege, gekoppelt an ökologische Standards,
- Fokus auf sozial-gerechte ökologische Sanierung von Mietwohnungen mit Schutz von Mieter:innen vor Anschlusskosten,
- gemeinwohlorientierte, demokratische Steuerung der SWG,
- kommunaler Härtefallfonds - niemand darf wegen Energieschulden vom Netz getrennt werden,
- Kommunalen Wärmeplan endlich beschließen und Wärmegebiete verbindlich ausweisen,
- Machbarkeitsstudien für ≥2 Pilot-Planwärmenetze beauftragen und gleichzeitig einen Anschlussfördertopf + kommunalen Härtefallfonds einrichten,
- kritische Neubewertung: Ein energieeffizientes Haus braucht wenig Energie pro Bewohner*in, nicht pro Quadratmeter.

Stromwende: Solar- und Bürgerenergie entschlossen ausbauen

Auch im Bereich Strom ist die Energiewende unzureichend fortgeschritten. Photovoltaik auf Dächern wird im Stadtgebiet nicht ausreichend genutzt insbesondere öffentliche Gebäude sind aktuell keine Vorreiter.

Deshalb setzen wir uns ein für:

- Photovoltaik-Offensive: jedes geeignete Dach als Energiequelle nutzen,
- Solardächer verpflichtend bei Neubauten großer Gewerbehallen,
- Vorreiterrolle öffentlicher Gebäude (Schulen, Kitas, Verwaltung),
- Förderung und Beratung für Balkonkraftwerke,
- Ausbau von Bürgerenergie und Energiegenossenschaften auf städtischen Flächen,
- Beteiligung von Stadtwerken und Bürger:innen an Windkraftprojekten,
- Investition in Speichertechnik für Ökostrom,
- Ziel: 100 % Ökostrom für Gießen bis 2035 - lokal produziert und regional ergänzt.

Energieeffizienz: Sanieren statt verschwenden

Unter anderem unsanierte Altbauten verursachen enorme Energieverluste. Viele Gießener:innen wohnen in Gebäuden mit hohen Heizkosten, die eine große finanzielle Belastung der Mieter:innen verursachen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Unsere Ideen sind:

- gezielt energetische Sanierungen fördern - sozial verträglich und mietpreisgebremst,
- städtische Wohnbau als Vorreiter,
- kostenfreie Energieberatung für Hauseigentümer:innen,
- kommunale Eigenversorgung durch Photovoltaik-Anlagen auf ungenutzten Flächen, Wasserwärmepumpen und Solarthermie bei öffentlichen Gebäuden,
- lokale Stromtarife wie „Gießen-Solar“ für günstige regionale Energie.

Wasserwirtschaft: Wasserqualität der Lahn verbessern

Aktuell wird die Lahn in und um Gießen laut Umweltministerium als „mäßig belastet“ (Güteklasse 2) kategorisiert. Hohe Nitrat- sowie medizinische Rückstände lassen sich durch die aktuellen Reinigungsstufen des regionalen Klärwerks nur bedingt entfernen. Gerade medizinische Rückstände (Beispiel: Paracetemol über Urinausscheidung) aus dem Gesundheits- und Dienstleistungsstandort Gießen dürfen nicht zurück in die Umwelt und somit wieder zu uns gelangen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Ausbau einer vierten zusätzlichen Reinigungsstufe (unter anderem Aktivkohle) analog zur Anlage in Walldorf-Mörfelden (Hessen) vor der Rückführung in die Lahn,
- Bewerbung an bundesweiten Forschungsprogrammen zur Phosphorgewinnung aus Restschlamm.
- Hitzeschutz und Klimaanpassung jetzt!

Die zunehmende Hitze gefährdet Gesundheit und Lebensqualität. Besonders ältere Menschen, Kinder und gesundheitlich vorbelastete Personen leiden darunter. Gießen braucht eine umfassende Klimaanpassungsstrategie.

Dafür schlagen wir vor:

- Konsequente Umsetzung und Finanzierung des Hitzeaktionsplans,
- Schwammstadt-Prinzipien anwenden und Regenrückhaltebecken sowie Versickerungsflächen anlegen,
- Baumpflanz-Offensive: mehr klimaresiliente Bäume pflanzen als gefällt werden,
- mehr Pocket-Parks und Schattenplätze,
- Trinkbrunnen, Wasserspiele und „Cooling Centers“ schaffen,
- helle, hitzeresistente Materialien an öffentlichen Plätzen verwenden,
- begrünte Dächer und Fassaden fördern,
- Hitzewarnsystem aufbauen über die städtische Website, Social-Media-Kanäle, ÖPNV-Anzeigen und Presse,
- Hitzeaktionstage und Informationskampagnen durchführen,
- öffentliche “kühle Räume” als Zuflucht an Hitzetagen,
- Schutzmaßnahmen für Menschen, die im Freien arbeiten, zum Beispiel Trinkpausen, flexible Arbeitszeiten.

Ökologisch und sozial: Der Umbau, der allen nutzt

Der notwendige Strukturwandel ist gewaltig – doch er eröffnet auch neue Chancen. Wir wollen, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen: saubere Luft, bezahlbare Energie, sichere Jobs in der ökologischen Wirtschaft und Schutz vor Mietsteigerungen.

Deshalb fordern wir:

- Öffentlich geförderte Jobs in Gebäudesanierung, ÖPNV und Energiewirtschaft,
- Weiterbildung für Beschäftigte aus fossilen Branchen,
- einen kommunalen Klimafonds mit Einnahmen aus CO2-Abgaben und Gewerbesteueranteilen.

Verantwortung übernehmen – Gießen kann Vorreiter sein

Auch wenn Gießen die Klimakrise nicht allein lösen kann: Wir können vorangehen – wie Tübingen, Konstanz oder andere Städte. Klimaschutz ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für eine lebenswerte Zukunft.

Darum wollen wir:

- Stärkung des Klimabeirats,
- ernsthafte Beteiligung der Zivilgesellschaft,
- Aktionsplan mit ambitionierten Maßnahmen - beispielsweise Verkehrswende oder Zero Waste,
- kommunale Reparaturzentren schaffen beziehungsweise bestehende Repair-Cafés unterstützen.

Tiere schützen – Verantwortung übernehmen

Tiere sind fühlende Lebewesen, deren Schutz und Wohlbefinden auch auf kommunaler Ebene eine Verantwortung darstellt. Gießen soll Vorreiter in Sachen Tierschutz werden. Statt Verdrängung, Missachtung oder Profitinteressen setzen wir auf ein tierschutzgerechtes, solidarisches und verantwortungsvolles Miteinander.

Stadttauben schützen statt verdrängen

Die Situation der Stadttauben wird häufig mit Verboten und Vertreibungen beantwortet – das führt zu Tierleid, Müllsuche und unhygienischen Zuständen. Dabei sind Tauben keine „Schädlinge“, sondern Nachfahren domestizierter Haustiere. Ein tierschutzgerechtes Konzept kann Tieren und Stadthygiene zugleich helfen.

Wir fordern:

- Verbot von Taubenrennen und Trainingsflügen – mit Initiativen auf Landes- und Bundesebene,
- Ausbau betreuter Taubenschläge zur tierschutzgerechten Populationskontrolle (Eieraustausch gegen Attrappen),
- kontrollierte, artgerechte Fütterungskonzepte statt pauschaler Fütterungsverbote,
- mehr Wasserstellen für Vögel und Wildtiere, besonders in heißen Sommermonaten.

Katzenschutz

Freilebende, sogenannte „verwilderte“ Hauskatzen leiden häufig an Hunger, Krankheiten und Verletzungen. Ursache ist meist die unkontrollierte Vermehrung nicht kastrierter Tiere.

Wir fordern:

- Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für alle Katzen mit regelmäßigem Freigang,
- Verpflichtende Eintragung in ein Haustierregister (z. B. TASSO, FINDEFIX),
- städtische Aufklärungsarbeit zur artgerechten Haltung und zum verantwortlichen Umgang mit Katzen.

Tierwohl und artgerechte Lebensbedingungen sichern

Die Stadt muss Tierleid konsequent verhindern und tierschutzgerechte Strukturen fördern. Tiere dürfen nicht für Unterhaltung oder Profit ausgebeutet werden. Gleichzeitig braucht es eine tierfreundliche Stadtgestaltung mit sicheren Lebensräumen für Stadtwildtiere, mehr Grünflächen und Verkehrsberuhigung.

Wir fordern:

- keine Tiere in Zirkussen in Gießen,
- Förderung und Ausbau von Tierheimen und Auffangstationen,
- Unterstützung von Initiativen für artgerechte Haltung und Tierschutz,
- Schaffung tierfreundlicher Stadtinfrastruktur: Grünflächen, Verkehrsberuhigung, Schutz von Lebensräumen für Stadtwildtiere,
- Aufklärung und Bildungsprogramme zu Tierschutz, Ernährung und verantwortlichem Umgang mit Tieren,
- Kommunale Leitlinien für tiergerechte Veranstaltungen, Gastronomie und Beschaffung,
- Friedhofssatzung anpassen: Bestattung von Haustieren ermöglichen – Tierurnen und Gemeinschaftsgräber für Haustiere auf städtischen Friedhöfen zulassen; kostengerechte Angebote schaffen,
- kommunale Förderprogramme für den freiwilligen Ausstieg der Landwirt:innen aus der Tierhaltung und die Ermöglichung des Umstiegs hin zur pflanzlichen Landwirtschaft – z. B. nach dem Vorbild „TransFARMation“.

Sozial gerechte Hundehaltung fördern

Besonders viele Menschen in Gießen leben mit Hunden. Hier braucht es sozial gerechte Rahmenbedingungen und klare Regeln.

Wir fordern:

- Einkommensgestaffelte Hundesteuer,
- Steuerbefreiung für Hunde aus dem Tierheim Gießen und von Tierschutzorganisationen,
- Verpflichtende Eintragung in ein Haustierregister (z. B. TASSO, FINDEFIX),
- Einführung eines verpflichtenden „kleinen Hundeführerscheins“ für alle Hundehalter:innen. In diesem Zusammenhang: Förderung von Hundeschulen,
- Konsequente Umsetzung der Leinenpflicht im öffentlichen Raum.

Klimaschutz, ökologische Verantwortung und Tierwohl gehören zusammen. Gießen kann Vorreiter für eine sozial gerechte, nachhaltige und lebenswerte Stadt werden – für Menschen, Tiere und Umwelt.

5. Solidarische Gesundheitsversorgung und Suchthilfe

Gesundheit ist keine Ware

Eine funktionierende, solidarische Gesundheitsversorgung gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. Doch Gießen steht beispielhaft für die Folgen von Privatisierung, Sparwahn und Repression – sowohl am Universitätsklinikum (UKGM) als auch in der Suchthilfe. Während Investor:innen Gewinne einfahren, bleiben Patient:innen, Beschäftigte und vulnerable Gruppen auf der Strecke.

Wir setzen uns für eine öffentliche, menschenwürdige und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung ein. Unser Ziel: Gesundheit darf keine Ware sein. Wir schließen uns den Forderungen des Medinetzes Gießen an: jeder Mensch, unabhängig von Aufenthaltsstatus, Herkunft, religiöser Zugehörigkeit oder Geschlecht, muss im Krankheitsfall uneingeschränkt medizinische Versorgung erhalten.

UKGM: Privatisierung beenden – Gesundheit zurück in öffentliche Hand

Das Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) ist das einzige privatisierte Uniklinikum Deutschlands. Mehrheitseignerin ist die Rhön-Klinikum AG, faktisch kontrolliert durch den Asklepios-Konzern. Dort entscheidet nicht das Patientenwohl, sondern der Quartalsbericht: Für 2025 waren 110 Millionen Euro Gewinn prognostiziert – als „nur“ 7,3 Mio. erreicht wurden, folgte prompt ein Einstellungsstopp. Die Folgen: Beschäftigte, die permanent an der Belastungsgrenze und darüber hinaus arbeiten. Patient:innen, die unter den daraus resultierenden Bedingungen leiden. Auszubildende, die sich selbst überlassen werden.

Denn auch die medizinische Lehre leidet unter der Profitlogik: Die Durchfallquoten in Gießen und Marburg zählen bundesweit zu den höchsten. Statt gute Bedingungen zu schaffen, wird schöngeredet – und private Nachhilfeangebote übernehmen, was eigentlich öffentliche Aufgabe wäre.

Gleichzeitig fließen Millionen Euro aus Steuermitteln in das Klinikum. Das Land Hessen investiert bis 2031 rund 850 Mio. €, zu zwei Dritteln aus öffentlichen Mitteln.

Die Linke fordert:

- Diese Gelder müssen an verbindliche Gemeinwohlstandards und eine Rückführung in öffentliche Trägerschaft geknüpft werden. Gesundheit darf keine Aktie sein, öffentliche Gelder dürfen nicht durch Dividenden privatisiert und Gewinne nicht durch Sozialbeiträge subventioniert werden,
- Wir wirken auf Landesebene auf eine Rückführung des UKGM in öffentliches Eigentum – durch Vergesellschaftung nach Art. 15 GG – hin.

Suchthilfe ausbauen – Repression stoppen

Während Städte wie Frankfurt neue Wege in der Suchthilfe gehen, setzt Gießen auf Verdrängung. Unter dem Bürgermeister wird nicht auf Schutz, Prävention und niedrigschwellige Hilfe gesetzt, sondern auf Kontrolle, Ordnungspolitik und Repression. Menschen mit Suchterkrankungen werden aus dem Stadtbild vertrieben. Ihre bloße Sichtbarkeit, etwa am Kirchenplatz, wird skandalisiert und ihre Existenz entmenschlicht. Diese menschenentwürdigende Politik ist somit direkt für das verstärkte Leid der Suchterkranken verantwortlich.

Ein Antrag zur Errichtung eines Drogenkonsumraums wurde 2024 vom Sozialausschuss abgelehnt, obwohl Fachstellen genau das fordern. Denn die Faktenlage ist eindeutig: Konsumräume retten Leben. Sie ermöglichen Betreuung, entlasten den öffentlichen Raum und senken die Zahl drogenbedingter Todesfälle auf nahe Null.

Ein angebliches „Safer-Use“ Konzept wird als Lösung präsentiert: die konkreten Maßnahmen, die hierunter fallen sind jedoch noch weitere Videoüberwachungsanlagen für den Kirchenplatz mit 30.000 Euro und zwei Dixie-Klos, die selten geleert werden. Stattdessen braucht es eine betroffenenorientierte Bedarfsanalyse und Angebote, die die Menschen miteinbeziehen.

Unsere öffentliche Veranstaltung zur Suchthilfe zeigte klar: Die Angebote in Gießen – Substitution, Streetwork, psychosoziale Beratung und Suchthilfezentren – existieren, sind aber unterbesetzt und unterfinanziert. Es fehlt nicht an Konzepten oder Fachwissen, sondern an politischem Willen und einer Schwerpunktsetzung, die auf Unterstützung statt Strafe setzt.

Die Linke fordert:

- Schluss mit der stigmatisierenden und repressiven Linie der Stadtregierung – Suchthilfe ist Teil der Gesundheitsversorgung, nicht der Sicherheitspolitik. Es müssen Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit geprüft werden, um tragfähige Konzepte wie mobile Konsumräume zu etablieren,
- Ausbau psychosozialer Angebote, Streetwork und ambulanter Reha,
- Schutz bestehender Angebote – unabhängig vom Wohnsitz,
- Entwicklung eines städtischen Gesamtkonzepts mit Fachstellen, Betroffenen und Initiativen,
- es braucht eine:n städtische:n Beauftagte:n für Suchthilfe und Prävention, der bestehende Angebote unterstützt und sichtbar macht und Präventionsmaßnahmen, wie Aufklärung von jungen Menschen, fördert,
- Einführung eines Drug-Checking-Pilotprojekts nach Wiesbadener Modell.

Gesundheit in den Stadtteilen sichern

Der Fachärzt:innenmangel wächst, gleichzeitig wer-

den Einzelpraxen geschlossen und junge Mediziner:innen schrecken vor unsicheren Arbeitsbedingungen zurück. Viele wünschen sich Teamarbeit, multiprofessionelle Strukturen und Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wir fordern:

- Aufbau kommunaler oder genossenschaftlicher Gesundheitszentren,
- Regionale Versorgungsplanung unter Beteiligung der Kommunen,
- Eine Gesundheitskonferenz mit Ärzt:innen, Krankenkassen und der Stadt zur Sicherung der ambulanten Versorgung,
- Unterstützung für Praxisübernahmen und genossenschaftliche Modelle,
- Mehr Personal und Ausstattung für die Gesundheitsämter.
- Solidarische Gesundheitsstrukturen für alle
- Gesundheitspolitik darf niemanden ausschließen. Besonders Geflüchtete, wohnungslose Menschen, Drogengebraucher:innen und Menschen ohne Papiere sind auf niedrigschwellige, diskriminierungsfreie Angebote angewiesen. Auch sie haben ein Recht auf Gesundheit und eine würdevolle Behandlung.
- Wir fordern:
- Verbesserung der Präventions-, Beratungs- und Therapieangebote für vulnerable Gruppen,
- Barrierefreien Umbau nicht zugänglicher Arztpraxen – durch kommunale Förderprogramme,
- Unterstützung der Angleichung der Bezahlung im Gesundheitswesen an den TVöD. Aktive Unterstützung von Tarifkämpfen der Beschäftigten.

Gesundheit ist keine Ware. Wir kämpfen für eine solidarische Stadt, die niemanden zurücklässt – weder im Krankenhaus noch in der Praxis.

6. Migration, Flucht und gleichberechtigte Teilhabe

Vielfalt anerkennen, Zugehörigkeit schaffen – für eine offene und solidarische Einwanderungskommune

Gießen ist eine vielfältige Einwanderungskommune. Menschen aus über 150 Herkunftsländern leben hier – viele schon seit Jahrzehnten. Diese Vielfalt ist eine Stärke, die wir als Bereicherung begreifen und aktiv fördern wollen. Migrantische Selbstorganisationen, Initiativen sowie soziale und kirchliche Träger wie angekommen e.V., Rainbow Refugees, das Medinetz, die Caritas, die Diakonie, die Deutsch-Kurdische Gesellschaft, die Seebrücke Gießen, die Refugee Law Clinic, Amnesty International und viele weitere leisten unverzichtbare Arbeit, um Schutz, Teilhabe und Beratung zu ermöglichen.

Trotzdem erleben viele Menschen Ausgrenzung – insbesondere mehrfach diskriminierte Personen, etwa aufgrund von sozialer und ethnischer Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Behinderung oder Aufenthaltsstatus. Viele Menschen fühlen sich abgehängt – auch nach jahrzehntelangem Leben in Gießen. Diese Entfremdung entsteht durch konkrete Barrieren.

Komplizierte Behördenwege und Intransparenz

Die Gießener Ausländerbehörde gilt vielen als Ort der Angst. Barrierefreie, mehrsprachige Formulare und Online-Termine fehlen. Informationen kommen zu spät oder gar nicht. Betroffene haben keinen Zugang zu ausreichenden Informationen über ihre aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten. Das erzeugt nicht nur Unsicherheit, es lähmt auch Lebensperspektiven.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Ausländerbehörde zur Integrationsbehörde weiterzuentwickeln, die beim Sozialdezernat angesiedelt sind. Ihre zentrale Aufgabe soll darin bestehen, gemeinsam mit den Betroffenen auf eine langfristige Sicherung des Aufenthalts hinzuarbeiten, eine umfassende Beratung sicherzustellen und Entscheidungen im Sinne der Betroffenen zu treffen. Die Neuaufstellung als Integrationsbehörde soll durch die Organisation einer Fachkonferenz zur Reform der Ausländerbehörde in eine Integrationsbehörde erfolgen. Die Bedarfsermittlung soll gemeinsam mit Betroffenen und Initiativen stattfinden.

Weiterhin fordern wir:

- Mehrsprachige, barrierefreie Formulare & Online-Terminvergabe,
- Regelmäßige Anti-Diskriminierungs- und Trauma-Schulungen,
- Einführung einer unabhängigen Anlaufstelle zur Vermittlung und Kontrolle behördlicher Entscheidungen.

Unzureichende Unterbringung, Versorgung & fehlender Schutz

Als Standort der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung muss Gießen dezentralen, barrierearmen Wohnraum bieten. Sammelunterkünfte sind kein sicherer Ort. Insbesondere für Familien, FLINTA*-Geflüchtete und Menschen mit Behinderung gibt es weder Schutzkonzepte noch geschultes Personal.

Auch in der Gesundheitsversorgung bestehen gravierende Lücken: Statuslose Menschen meiden oft notwendige Arztbesuche aus Angst, dass ihr Aufenthaltsstatus an die Ausländerbehörde gemeldet wird. Dadurch werden Krankheiten verschleppt und akute Notlagen verschärft. Ein weiteres gravierendes Problem ist die mangelnde Unterstützung für Betroffene weiblicher Genitalverstümmelung (FGM/C). Das UKGM hat eine herausragende FGM-Sprechstunde, die unterstützt werden muss. Auch Sprachbarrieren verhindern oft eine angemessene Versorgung.

Wir fordern deshalb:

- Kommunales Wohnraumprogramm mit sicheren Quartieren,
- Schutzkonzepte in allen Unterkünften und Awareness-Schulungen für alle Beschäftigten,
- Förderung von spezialisierten Beratungsangeboten für FLINTA*, queere & Menschen mit Behinderung, insb. zur Aufenthaltssicherung,
- Ausbau der psychosozialen Betreuung der Bewohner*innen,
- Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt,
- Anonyme und kostenfreie Gesundheitsversorgung für Geflüchtete und Statuslose, ohne Übermittlungspflichten an die Ausländerbehörde,
- Finanzierung und Ausbau von professionellen Dolmetscher:innendiensten im Gesundheits- und Sozialbereich,
- Stärkung der FGM-Sprechstunde am UKGM.

Fehlende Begegnungsräume und Isolation

Viele Drittstaatsangehörige leben selbst nach langjährigem Aufenthalt in Gießen isoliert. Interkulturelle Treffpunkte fehlen, der Austausch mit der Mehrheitsgesellschaft bleibt weitestgehend aus. Das vertieft Ungleichheit und Spaltung und verhindert Integration.

Um dies zu ändern, möchten wir:

- Migrantische Selbstorganisationen dauerhaft fördern und ihre Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen,
- Interkulturelle Zentren in allen Stadtteilen mit ausgebildetem Personal,
- Ausbau des Quartiersmanagements und mehrsprachige Anlaufstellen,
- Interkulturelle Bildungsarbeit in Schule, Verwaltung, Vereinen.

Statuslosigkeit und fehlende Perspektive

Menschen ohne gesicherten Aufenthalt leben in der Unsichtbarkeit. Der Zugang zu Gesundheit, Bildung und Recht ist verwehrt. Diese Ausgrenzung ist politisch gewollt – wir stellen uns ihr entgegen.

Zur Verbesserung der Lebensbedingungen von statuslosen Personen fordern wir:

- Einführung einer kommunalen Ausweiskarte (Zürcher Modell),
- Härtefallfonds mit zivilgesellschaftlicher Begleitung,
- Unterstützung der Forderung nach einem anonymen Behandlungsschein.

Politische Teilhabe bleibt begrenzt

In Gießen leben viele drittstaatsangehörige Menschen, die kein Wahlrecht haben. Ein kommunales Wahlrecht für alle können wir auf lokaler Ebene nicht einführen – wir fordern es aber entschieden von Land und Bund. Gleichzeitig zeigt sich: Trotz eines zunehmend feindlichen politischen Klimas engagieren sich immer mehr Menschen mit Migrationsgeschichte – junge ebenso wie ältere Generationen. Sie treten ein für Demokratie und Menschenrechte, für Frieden und gegen Unterdrückung. Sie protestieren gegen die westliche Korruption, den Völkermord in Gaza und Diktaturen, die Protest im Heimatland verbieten würden. Dieses Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung. Aufgabe der Stadt ist es, Strukturen zu schaffen, die Ausgrenzung und Entmündigung verhindern und politische Teilhabe sichern.

Unsere Forderungen:

- Mehr Handlungsmöglichkeiten und Einflussrechte für den Ausländerbeirat,
- Strukturelle Einbindung migrantischer Initiativen in die Kommunalpolitik,
- Aufbau und Förderung von Teilhabe-Strukturen, die das politische Engagement von Migrant:innen stärken und Diskriminierung abbauen.

Antidiskriminierung

Eine solidarische Stadt lebt von Teilhabe ohne Aus-

grenzung. Dafür braucht es starke Netzwerke, Bildung gegen Vorurteile und politische Schritte für gleiche Rechte. Auch gegen diskriminierende Regelungen wie die Bezahlkarte oder Leistungsausschlüsse wollen wir uns einsetzen – lokal, gegenüber dem Land und gemeinsam mit unseren Partner:innen.

Unsere Forderungen:

- Stärkung des Anti-Diskriminierungsnetzwerks Mittelhessen,
- Ausbau interkultureller Bildungsarbeit in Schulen, Verwaltung und Vereinen,
- Nein zur Bezahlkarte und Leistungsausschlüssen: Einsatz im Hessischen Städtetag, klare Positionierung gegenüber dem Land, Unterstützung lokaler Initiativen wie der Wechselstube und dem Bündnis gegen die Bezahlkarte,
- Entwicklung und Umsetzung kommunaler Gegenstrategien gegen diskriminierende Landes- und Bundespolitik.

Abschiebungen nehmen zu – auch in Gießen

Die asyl- und aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen werden derzeit massiv verschärft – durch die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), die Ausweitung sogenannter „sicherer Herkunfts- und Drittstaaten“ und restriktive Bundesgesetze. Dies führt zu einer Zunahme von Abschiebungen, selbst bei Menschen, die längst in unsere Gesellschaft integriert sind. Familien werden auseinandergerissen, junge Menschen aus Schule und Ausbildung herausgerissen, gesundheitlich besonders verletzliche Personen abgeschoben.

Zwar liegt die Durchführung von Abschiebungen beim Regierungspräsidium (RP), doch auch die kommunale Ausländerbehörde spielt eine Rolle: Sie entscheidet über Aufenthaltstitel, prüft Bleiberechtsoptionen und kann frühzeitig Ermessensspielräume zugunsten von Bleiberechten nutzen. Zudem kann die Stadt gemeinsam mit anderen Kommunen gegenüber dem Land und dem Innenministerium Einfluss nehmen – insbesondere gegen die aktuelle Abschiebepriorität, die auf Härte statt Humanität setzt.

Darüber hinaus ist Gießen ein „sicherer Hafen“. Dieser Status darf kein bloßes Symbol bleiben. Die Stadt muss ihre Aufnahmebereitschaft für Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten – etwa aus Gaza – aktiv anmelden, wie es auch andere Kommunen bereits praktizieren. Damit wird deutlich: Gießen steht für Solidarität und gegen Abschottung.

Unsere Forderungen:

- Frühzeitiges Hinwirken auf Bleiberechte: Die Ausländerbehörde muss vorhandene Ermessens- und Gestaltungsspielräume pro Bleiberecht nutzen – etwa bei Jugendlichen, Familien, Auszubildenden und gesundheitlich vulnerablen Personen,
- Klare kommunale Haltung gegen Abschiebeprioritäten von RP und Landesinnenministerium – im Verbund mit anderen Kommunen,
- Umsetzung des Status „sicherer Hafen“: Aktive Anmeldung von Aufnahmebereitschaft für Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten, z. B. aus Gaza und Sudan.

Bildung und Arbeitsmarktintegration

Bildung und der Zugang zu Erwerbstätigkeit sind maßgeblich für eine nachhaltige Integration. Um Geflüchtete auf kommunaler Ebene besser bei der Inanspruchnahme der bestehenden Angebote zu unterstützen braucht es konkrete Maßnahmen.

Unsere Forderungen:

- Einführung einer Stelle zur Arbeitsmarkt- und Integrationsberatung für Geduldete und Gestattete in Zusammenarbeit mit einer externen, kommunal geförderten Beratungsstelle nach Wiesbadener Modell,
- In diesem Zusammenhang: Enge Zusammenarbeit der Integrationsbehörde mit Arbeitgeber:innen zwecks Aufenthaltssicherung,
- Mehrsprachige, barrierefreie Sprachkurse mit Kinderbetreuung,
- Ausbau (mobiler) Anerkennungsberatung,
- Programme für junge Geflüchtete in Zusammenarbeit mit lokalen Akteur:innen (Jugendwerkstatt, ZAUG).

Eine offene Stadt lebt von Vielfalt, Respekt und Beteiligung. Gießen muss Barrieren abbauen, Schutz gewährleisten und allen Menschen – unabhängig von Herkunft oder Status – ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

7. Demokratie stärken, Beteiligung fördern, Vereine unterstützen

Für echte Beteiligung – gegen politischen Stillstand und rechte Rückschritte

Eine lebendige Demokratie lebt von aktiver Beteiligung, offenen Begegnungsräumen und starken Vereinen. Doch vielerorts fehlt es an Strukturen, die Vertrauen schaffen und Vielfalt und Engagement sichtbar machen. In Gießen gibt es zwar Beteiligungsformate – doch oft sind sie kaum bekannt, schwer zugänglich oder intransparent. Gerade in Zeiten rechter Rückschritte braucht es eine demokratische Kultur, die Beteiligung erleichtert und stärkt. Wir fordern eine Demokratie im Interesse aller Menschen, nicht weniger Reicher.

Petitionen: Demokratisches Recht – endlich zugänglich machen

In Gießen gibt es zwei unterschiedliche Petitionswege (§§ 33 f. der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung (GO) in Anlehnung an Art. 17 Grundgesetz und Art. 16 Hessische Verfassung sowie § 10 Einwohnerbeteiligungssatzung).Die beiden Wege unterscheiden sich stark – etwa bei den Formanforderungen – doch kaum jemand kennt diese Unterschiede.

Wir fordern:

- Unterschiede und Anforderungen klar, verständlich und mehrsprachig auf der Website der Stadt darstellen,
- Einfache, inklusive Formulare online bereitstellen,
- Zentrale Anlaufstelle zur Beratung und Unterstützung schaffen,
- Bearbeitung transparent dokumentieren.

Fragestunde ausbauen – Öffentlichkeit herstellen

Auch andere Beteiligungsformate wie die Einwohner:innenfragestunde sind kaum bekannt, kompliziert geregelt und auf der städtischen Website nur schwer auffindbar.

Wir wollen:

- Begrenzung auf drei Fragen abschaffen,
- Unterschied zwischen mündlicher und schriftlicher Antwort klar erklären,
- Veröffentlichung von Fragen und Antworten im Ratsinformationssystem oder auf „Gießen direkt“ ermöglichen.

Bürgerversammlungen: Gesetz erfüllen, Demokratie leben

Die jährliche Bürgerversammlung nach § 8a HGO hat enormes Potenzial – als Forum für direkte Demokratie, öffentliche Diskussion und politische Bildung. In Gießen fand sie in den letzten vier Jahren jedoch nur ein einziges Mal statt. Auch hier zeigt sich: Beteiligung ist möglich, aber nicht gewollt.

Wir fordern:

- Jährliche Versammlung nach verbindlich organisieren,
- Themen offen gestalten, alle Bevölkerungsgruppen aktiv einladen.

Fachliche Beteiligung – oft nur symbolisch

Gießen verfügt über zahlreiche Formate, die Beteiligung ermöglichen könnten: Runde Tische, Agendagruppen, Beiräte, Beteiligungsgremien im Sozial- oder Bildungsbereich. Doch viele dieser Strukturen arbeiten ohne echte Wirkungsmöglichkeiten, werden von der Politik ignoriert oder dienen lediglich als Alibi. Fachliche Beteiligung braucht echte Rückkopplung, Verbindlichkeit und Sichtbarkeit – nicht symbolische Beteiligung ohne Einfluss.

Wir wollen:

- Ideenwerkstätten, Nachbarschaftsräte und zufallsbasierte Bürgerräte erproben,
- Hybride Beteiligung ermöglichen, damit auch Menschen mit Care-Aufgaben oder Mobilitätseinschränkungen teilnehmen können,
- Fokus auf marginalisierte Gruppen wie migrantische Communities, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen,
- Beteiligung ernst nehmen: Prozesse ergebnisoffen, transparent und nachvollziehbar gestalten, Rückmeldungen öffentlich dokumentieren.

Kinder- und Jugendparlament in Gießen einführen

Wir fordern die Einführung eines Kinder- und Jugendparlaments in der Stadt Gießen. Dieses Parlament soll allen Kindern und Jugendlichen einen Mitbestimmungsrahmen bieten und ihre Interessen in allen sie betreffenden kommunalen Entscheidungen vertreten. Dabei setzen wir auf Partizipation zur Erarbeitung des Rahmens und auf niedrigschwellige Projekte zur Mitarbeit.

Das Parlament wird auf Grundlage einer eigenen Satzung und Geschäftsordnung organisiert.

Wir fordern:

- Trägerschaft und Unterstützung durch die städtische Jugendförderung, das Jugendbildungswerk oder den Stadtjugendring sichern Betreuung und organisatorische Abläufe,
- Ein gewählter Vorstand strukturiert die Arbeit und vertritt das Parlament nach außen,

- Arbeit in AGs oder projektbezogenen Teams zu unterschiedlichen Themen,
- Einbindung in alle kommunalen Entscheidungsprozesse, die Kinder und Jugendliche betreffen,
- Antragsrecht, Rederecht im Stadtparlament, beratende Stimme oder Stimmrecht in Ausschüssen,
- Eigener Etat zur Umsetzung eigener Projekte und Initiativen,
- Das Parlament wird von der Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen gewählt. Altersstruktur und Wahlverfahren sollen partizipativ gestaltet werden.

Dieses Modell orientiert sich an erfolgreichen Beispielen der Städte Marburg, Offenbach, Wiesbaden, dem Vogelsbergkreis und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Vereine als Orte der Demokratie stärken

Vereine sind Herzstücke des sozialen Lebens und zentrale Orte für Begegnung, Teilhabe und Integration. Doch sie stehen unter Druck: rechte Einflussnahme, steigende Kosten, fehlende Räume und eine schleichende Abwälzung kommunaler Verantwortung auf das Ehrenamt.

Wir wollen:

- Anerkennung sichern: Öffentliche Würdigung und gezielte Förderung des Ehrenamts und der Vereinsarbeit,
- Finanzielle Unterstützung ausbauen: Unbürokratische Zuschüsse und günstige Nutzung kommunaler Räume,
- Integration und Vielfalt stärken: Interkulturelle Projekte und Räume für queere, migrantische, feministische und alternative Kulturformen fördern,
- Demokratiebildung fördern: Schulungen für Vorstände, Trainer:innen und Aktive im Umgang mit Diskriminierung und Rassismus,
- Rechte Strukturen zurückdrängen: Prävention, Aufklärung und Vernetzung gegen nationalistische Einflussnahme,
- Kooperation ermöglichen: Regelmäßige Vernetzungstreffen der Vereine,
- Jugendarbeit fördern: Jugendräume wie das Jokus sowie gezielte Programme für junge Menschen und eigenständige, selbstverwaltete Jugendinitiativen.

Ehrenamt entlasten – Verantwortung zurück zur Kommune

Unsere Stadt zeichnet sich aus durch ein beeindruckendes Maß an ehrenamtlichem Engagement: Zahlreiche Initiativen und Vereine leisten tagtäglich großartige Arbeit, bringen Menschen zusammen und fangen auf, was sonst liegenbleiben würde. Diese Vielfalt ist eine echte Stärke und prägt das soziale Leben in Gießen. Doch so stark dieses Engagement ist – es ist beschämend, dass die Stadt sich darauf verlässt, dass Lücken in der sozialen Versorgung ehrenamtlich geschlossen werden, statt dafür hauptamtliche Strukturen zu schaffen.

Wir fordern:

- Gezielte Vernetzung ehrenamtlicher Akteur:innen mit der Stadtpolitik,
- Kommunale Verantwortung nicht auf das Ehrenamt abwälzen, sondern mit parlamentarischen Initiativen, struktureller und finanzieller Förderung unterstützen.

Demokratie ist mehr als die Verwaltung von Mehrheiten – sie ist die gemeinsame Gestaltung unseres Alltags. Eine demokratische Stadt ist lernfähig, zugänglich und gerecht. Wir kämpfen für ein Gießen, in dem Demokratie im Alltag stattfindet – hörbar, sichtbar und wirksam.

8. Kultur und Sport

Zurückerobern: Für alle statt für Profite!

Kultur und Sport sind keine Luxusgüter. Sie sind ein Recht für alle und das Herz einer solidarischen Gesellschaft. In einer Zeit, in der die Profitlogik jeden Lebensbereich erobert und soziale Kälte um sich greift, stellen wir uns quer: Wir kämpfen für eine Kultur- und Sportpolitik, die den Menschen dient, nicht dem Markt. Schluss mit der Verwertung — wir fordern Teilhabe, wir schaffen Räume, wir verteidigen das Gemeingut!

Kultur – solidarisch und für alle!

Noch immer scheitert für viele Menschen der Zugang zu Theater, Museum oder Konzert am Geldbeutel. Kultur wird so zum elitären Konsumgut, dabei muss der Zugang für alle möglich sein. Wer wenig Geld hat, bleibt jedoch ausgeschlossen.

Dem wirken wir entgegen mit:

- einem solidarischen Kulturticket für 1 Euro für Menschen in prekären Lebenslagen,
- einem eintrittsfreieren Sonntag pro Monat in allen städtischen Museen,
- Studierendenvergünstigungen konsequent auch auf Azubis ausweiten.

Kostenlose Toiletten auf öffentlichen Veranstaltungen

Wer auf öffentlichen Flächen feiert, soll dies ohne Hürden tun können – dazu gehört der Zugang zu sanitären Anlagen. Noch immer müssen Besucher:innen vieler Feste für Dixies oder Toiletten extra bezahlen, obwohl die Veranstalter:innen öffentliche Plätze, Straßen und Infrastruktur nutzen. Sanitäre Grundversorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Besonders Menschen mit geringen Einkommen, Familien und Jugendliche werden durch Gebühren unnötig ausgeschlossen.

Wir fordern:

- Kostenfreie Toiletten bei allen Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen,
- Ausreichend barrierefreie Toiletten für Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Eltern mit Kinderwagen,
- Geschlechtssensible Lösungen (z. B. Unisex-Toiletten) bei der Planung berücksichtigen,
- Kommunale Vorgaben: öffentliche Flächen nur, wenn Toiletten kostenlos, barrierefrei und für alle zugänglich sind,
- Ziel: ein inklusives, solidarisches Feiern für alle Menschen.

Räume zurückerobern – Spekulation stoppen!

Wir sagen der Immobilienspekulation, die unsere Städte veröden lässt, den Kampf an. Während Initiativen und Kulturschaffende verzweifelt nach bezahlbaren Orten suchen, stehen Gebäude wie das alte Finanzamt oder riesige Teile des Postareals leer — als Spielball für Investoren. Damit muss Schluss sein!

Wir fordern:

- einen kommunalen Fonds für die Aneignung und kreative Zwischennutzung von Leerständen,
- Schaffung selbstverwalteter, nicht-kommerzieller Freiräume, die von den Menschen dieser Stadt mit Leben gefüllt werden,
- Einrichtung eines „Runden Tischs Leerstand“, um den Druck auf Eigentümer:innen und Stadt zu erhöhen, ungenutzte Räume endlich dem Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen.

Freischaffende Kunstszene und Stadttheater

Die freie Kulturszene arbeitet oft unter prekären Bedingungen, während das Stadttheater immer wieder unter Kürzungsdruck gerät. Dabei sind beide zentrale Bestandteile der kritischen Öffentlichkeit und der gesellschaftlichen Debatte. Das Stadttheater verteidigen wir gegen jede Kürzungslogik.

Unser Plan:

- Verteidigung des Stadttheaters gegen Kürzungen,
- Ausbau und finanzielle Absicherung partizipativer Projekte,
- Verstetigung und Ausbau und transparente Vergabe städtischer Förderungen für freie Träger,
- Verhinderung von Schließungen tragender Kulturorte wie MUK oder Scarabée,
- Realisierung des Kulturgewerbehofs „Alte Feuerwache“ mit raumstation3539 als Träger,
- Kulturschaffende konsequent in städtische Kulturprojekte einbinden,
- Unterstützung für Kulturschaffende, beispielsweise in Form des Projekts „Urbanautik“ beibehalten und stärken.

Nachtleben wiederbeleben - eine Feierkultur für alle

Clubs und alternative Kulturorte schließen, damit verliert die Stadt an kultureller Vielfalt. Mit der Nachtbeauftragten wurde ein erster Schritt getan, den wir begrüßen, aber noch fehlt eine dauerhafte Perspektive. So entsteht eine verlässliche Anlaufstelle für Clubs, Veranstalter:innen, Anwohner:innen und Verwaltung. Auch die Sicherheit im Nachtleben ist nicht ausreichend.

Deshalb wollen wir:

- Dauerhafte Sicherung der Stelle der Nachtbeauftragten,
- Schutz bestehender Clubs und Veranstaltungsorte vor Schließung,
- Verbindliche Awareness-Konzepte bei Veranstaltungen mit geschultem Personal, um FLINTA*-Personen und marginalisierten Gruppen zu schützen.

Sport für alle – gegen das Kaputtsparen der Infrastruktur

Auch im Sport zeigt sich die verfehlte Politik der letz-

ten Jahre. Während Prestigeprojekte gefördert werden, wird die alltägliche Infrastruktur kaputtgespart. Hallenbad, Bolzplätze und weitere öffentliche Spiel- und Sportstätten sind dringend sanierungsbedürftig. Außerdem haben Kinder, Jugendliche und benachteiligte Gruppen kaum Mitspracherecht bei der Gestaltung.Das muss sich ändern.

Wir brauchen:

- Ein kommunales Sanierungsprogramm „Sport vor Ort“ mit Sanierung der öffentlichen Sportstätten nach Bedarf,
- Erarbeitung eines Konzeptes für eine ganzjährige Nutzung des Freibades in der Ringallee,
- systematische Bestandsaufnahme und Sanierung von Spiel-, Bolz- und Basketballplätzen,
- Ausbau des Skateparks sowie Schaffung von weiteren Calisthenics-Parks und Fitnesspfaden,
- aktive Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Gestaltung und Verwaltung von Sportflächen,
- kostenlose Bewegungsangebote im öffentlichen Raum, zum Beispiel Sportkurse im öffentlichen Raum und Sporthallen – offen für alle.

Barrierefreiheit in Sport und Kultur

Niedrigschwellige Freiräume beleben die Stadt und machen sie für alle erfahrbar. Gleichzeitig sind viele Kulturorte und Sportstätten noch nicht barrierefrei und damit nicht für alle Menschen zugänglich.

Das wollen wir ändern:

- Herstellung von Barrierefreiheit in allen Kultur- und Sportangeboten,
- Ausbau von taktilen Leitsystemen, barrierefreien Zugängen und Sitzplätzen an Kulturorten,
- barrierefreie Kulturveranstaltungen mit Gebärdendolmetscher:innen, Angeboten in Leichter Sprache und Audiodeskription,
- konsequente Beteiligung des Beirats für die Belange von Menschen mit Behinderungen bei der Planung von Kultur- und Sportangeboten und -stätten.

Nur durch solidarische, inklusive Kultur- und Sportangebote wird Gießen lebendig, vielfältig und sozial gerecht – wir verteidigen das Gemeingut gegen Profitinteressen und Ausgrenzung.

9. Inklusive Sicherheit

Von Katastrophenschutz bis Alltagsgefühl: Inklusive Sicherheit als Gemeinschaftsaufgabe

Der Wunsch nach Sicherheit und Geborgenheit nimmt zu. Nur wer sich in seiner Stadt und Kommune sicher fühlt, nennt diese sein Zuhause und trägt zu einer intakten sozialen Gesellschaft bei. Sicherheit ist unser höchstes Gut, von immaterieller Sicherheit wie sozialer Absicherung bis zur materiellen Sicherheit wie Schutz vor Katastrophen. Gießen wird in der Zukunft vor Herausforderungen stehen, die unser aller Sicherheitsgefühl massiv betreffen, sei es vor klimatisch bedingten Lahnhochwasser oder gewaltbereiten Nazis. Dabei lassen wir uns nicht auf Hetze ein. Die Linke steht für Sicherheit aller Menschen und denkt diese nicht ordnungspolitisch.

Wir fordern für den Katastrophenschutz:

- jährliche Bestandsaufnahme, Dokumentation, Wartung und Berichterstattung aller Warnsirenen in der Stadt,
- Etablierung lokaler Krisenstäbe bestehend aus Helfer:innenorgaisnationen (THW, Feuerwehr, DRK etc.), Zivilgesellschaft und Verwaltung,
- Etablierung eines Frühwarnprogrammes mit detailliertem Umsetzungsplan im Katastrophenfall,
- Sicherstellung barrierefreier Zugänge für vulnerable Menschen zu Schutzräumen sowie besonderer Hilfe.

Sinnvolle Sicherheitskonzepte

Vermehrte Polizeipräsenz kostet enorme Steuersummen und ist kein Garant für ein echtes Sicherheitsgefühl. Wir denken Sicherheit inklusiv und weiter. Am Beispiel der vermehrten Präsenz der „Stadtpolizei“ am Kirchplatz lässt sich erkennen, dass Verdrängung und Überwachung statt Aufklärung und Integration keine Sicherheit generiert.

Wie stehen für:

- Rückumbenennung der „Stadtpolizei“ in Ordnungsamt,
- Nachhaltige Sicherheits-, Konsum- und Präventionskonzepte für Plätze wie den Kirchplatz,
- Sonderermittlungsprojekte und gezielte Schutzmaßnahmen bei Gewalt gegen FLINTA*-Personen (genderbasierte Gewaltbekämpfung),
- Waffenverbotszone verhindern, da diese wirkungslos sind und willkürliche Durchsuchungen ermöglichen. Dies trägt zur eskalierenden Polizeigewalt bei und gehört nicht in eine solidarische Gesellschaft.

Gefahrenabwehr und Feuerwehren

Die hervorragende Arbeit unserer regionalen Feuerwehren ist der Grundstein für unser gemeinschaftliches Sicherheitsgefühl. Um Gefahrenabwehr und schnelle Hilfe im Notfall weiterhin gewährleisten zu können, muss die Arbeit unserer Feuerwehren wieder mehr Wertschätzung erfahren, angefangen von Nachwuchssicherung über qualifiziertes Personal bis zur Ausstattung.

Wir fordern:

- Kommunale Kampagne zur Nachwuchssuche und Fachkräftesicherung durch lokale Kooperation, zum Beispiel an Schulen,
- Weitere Freistellungsmöglichkeiten für Einsatz- und Fortbildungszeiten während der Arbeitszeit sowie zusätzlichen arbeitsrechtlichen Schutz für aktive Feuerwehrleute,
- Angemessene Aufwandsentschädigung statt verwirrender Vergünstigungen,
- Kommunale Fördermittel der Basisinfrastruktur ohne weitreichende Bürokratie.

Sicherheit bedeutet mehr als Polizei – wir setzen auf Prävention, Schutz für alle, Mitwirkung der Zivilgesellschaft und Stärkung von Feuerwehr, Katastrophenschutz und inklusiven Konzepten.

10. Unsere Grundlage: Wirtschafts- und Finanzpolitik

Solidarisch wirtschaften, verantwortungsvoll haushalten

Die wirtschaftliche Entwicklung Gießens in den vergangenen Jahren zeigt Licht und Schatten. Als Hochschulstandort mit zwei großen Hochschulen (JLU und THM) und mehreren Forschungszentren verfügt Gießen über ein enormes Potential an Wissen und Innovation. Dennoch gelingt es der Stadt bislang nur unzureichend, diesen Vorteil für eine sozial-ökologische Transformation vor Ort zu nutzen. Gleichzeitig stehen viele Gewerbe- und Industrieflächen leer, die einen elementaren Teil der Wertschöpfung abbilden könnten.

Lokale Wirtschaft und Wertschöpfung stärken

Viele Absolvent:innen wandern mangels attraktiver Stellen ab, während lokale kleine und mittlere Betriebe (KMU) – vom Handwerk über Pflege bis zur Logistik – unter Fachkräftemangel und Konkurrenzdruck leiden. Die Innenstadt ist zwar ein wichtiger Handels- und Dienstleistungsknotenpunkt, aber stark geprägt von Filialketten. So gibt es beispielsweise im Selterswegeine auffällige Ballung von Ketten-Geschäften wie beispielsweise „Starbucks“ oder „Dunkin Donuts“ und immer weniger unabhängigen Läden. Viele Gießener:innen beklagen eine Monokultur, während Vertreter der Wirtschaft die Ansiedlung großer Konzerne unkritisch als Beleg für die Attraktivität des Standorts sehen. Diese Entwicklung gefährdet auf Dauer die Vielfalt und lokale Wertschöpfung.

Arbeitsbedingungen und Ausstattung in der Abfallwirtschaft verbessern

Die Beschäftigten in Gießens Abfallwirtschaft leisten täglich unverzichtbare Arbeit, sehen sich jedoch mit veralteten Fahrzeugen, unzureichender Schutzausrüstung und Personalmangel konfrontiert – zuletzt führte dies zu Protesten beim „Offenen Rathaus“ am Kirchenplatz. Um die Daseinsvorsorge zuverlässig zu sichern und würdevolle Arbeitsbedingungen zu garantieren, fordern wir: ausreichende personelle Ausstattung, moderne und sichere Arbeitsmittel sowie tarifgerechte Bezahlung. Fort- und Weiterbildungen sollen gefördert werden, damit die Mitarbeiter:innen den wachsenden Anforderungen an Umwelt- und Abfallmanagement gerecht werden können.

Industrie- und Gewerbestandorte sichern – Arbeitsplätze erhalten

Die Region Gießen verfügt über einen wichtigen industriellen Kern, der Arbeitsplätze, Fachkräfte und regionale Wertschöpfung sichert. Dennoch kommt es immer wieder zu Werksschließungen und Standortverlagerungen, die die lokale Wirtschaft schwächen und Beschäftigte bedrohen. Wir setzen uns für den Erhalt bestehender Standorte ein, unterstützen Betriebsübergaben, fördern Weiterbildung und Qualifizierung der Belegschaften und sichern tarifgebundene Arbeitsplätze. Gleichzeitig soll die Stadt Unternehmen bei nachhaltigen Modernisierungen begleiten und die Demokratisierung der Betriebe unterstützen.

Für eine mitbestimmte und transparente Finanzpolitik

Zugleich kam es zu Fehlentscheidungen in der Finanzpolitik, die das Vertrauen in die Stadtverwaltung erschüttern. Die städtischen Finanzen sind angespannt – den Haushalt 2022 verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung mit einem Defizit von 8,5 Millionen Euro. Anstatt sparsam mit öffentlichen Geldern umzugehen und sie zielgerichtet zu investieren, wurden in den letzten Jahren Millionen Euro leichtfertig verschleudert. Besonders gravierend war der Skandal um die Bremer Greensill-Bank: Gießen

hatte dort 10 Millionen Euro an Steuergeld als Festgeld angelegt – Geld, das im Frühjahr 2021 mit der Bankenpleite weitgehend verloren ging. Nur 2,8 Millionen Euro konnten in der Insolvenz gerettet werden, rund 7,2 Mio. € Steuergeld waren damit faktisch vernichtet. Ein weiterer Vorfall war die peinliche Verwechslung von Brutto- und Nettokosten bei einem Bauprojekt (Bahndamm-Durchstich): Durch diesen Rechenfehler musste die Stadt Gießen über 500.000 € zusätzlich aufwenden. Selbst die zuständige Bürgermeisterin musste dies als „kein Glanzstück“ eingestehen. Diese Beispiele stehen sinnbildlich für Defizite im Risikomanagement und eine fehlende demokratische Kontrolle der Finanzgeschäfte.

Auch städtische Prestigeprojekte erwiesen sich als teuer und ineffizient. Ein aktuelles Beispiel ist die geplante Kita im Seltersweg. Trotz vollmundiger Ankündigungen eines „Leuchtturmprojekts mit hoher Strahlkraft“ (OB Frank-Tilo Becher, SPD) steht die neue Kindertagesstätte in bester Innenstadtlage seit Monaten leer. Der vorgesehene Träger (Lebenshilfe Gießen) sprang ab, doch die Stadt hat sich vertraglich zur Mietzahlung verpflichtet. Rund 27.000 € Miete pro Monat fließen zwischenzeitlich für ungenutzte Räume. Bereits nach gut einem halben Jahr Leerstand hatten sich über 205.000 € an Mietkosten für eine unbenutzte Kita angesammelt – Geld, das in bestehenden Kitas und deren Sanierung fehlt. Dieses Projekt zeigt exemplarisch, wie Prestige vor Bedarf gestellt wurde: Statt in den Stadtteilen dringend benötigte Kita-Plätze zu schaffen, band man Ressourcen in einem teuren Innenstadtprojekt, ohne für den Betrieb zu sorgen.

Fokus auf Gemeinwohl statt Profit

Gießens Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre krankt an kurzsichtigem Profit- und Prestige-Denken. Große Filialisten dominieren die Innenstadt, während kleine lokale Händler ums Überleben kämpfen. Fördergelder und Investitionen flossen oft ohne ausreichende Auflagen und Kontrolle – im schlimmsten Fall ins Finanzcasino (Greensill) oder in teure Fehlinvestitionen. Gleichzeitig werden notwendige Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz oder Digitalisierung kaum aktiv als Chance genutzt, um neue gute Arbeitsplätze zu schaffen. Die Krise der letzten Jahre – von der Corona-Pandemie bis zur Greensill-Pleite – hat offengelegt, dass ein „Weiter so“ fatal wäre. Wir brauchen einen grundsätzlichen Kurswechsel: Wirtschaft und Finanzen der Stadt müssen am Gemeinwohl ausgerichtet werden, damit Menschen und Umwelt im Mittelpunkt stehen – nicht Konzerninteressen oder Spekulationsgeschäfte.

Unsere Forderungen und Maßnahmen

Wirtschaftsförderung am Gemeinwohl orientieren

Künftige Wirtschaftspolitik in Gießen darf nicht mehr blindlings dem Wachstumsgedanken oder der Ansiedlung beliebiger Ketten folgen. Städtische Fördermittel, Zuschüsse oder Vergünstigungen gibt es nur noch gegen Gemeinwohl-Auflagen. Unternehmen, die Unterstützung von der Stadt erhalten (etwa durch Gewerbeflächen, Bürgschaften, Zuschüsse), müssen Tariflöhne zahlen, Ausbildungen anbieten, ökologische Standards einhalten und echte Mitbestimmung der Beschäftigten gewährleisten. Öffentliches Geld soll nur noch dort fließen, wo es der Allgemeinheit nutzt – Förderung ohne Gemeinwohlbindung wird abgeschafft.

Lokale Betriebe stärken – keine neuen Großfilialen im Seltersweg

Die Innenstadt soll kein austauschbares Einkaufszentrum großer Ketten werden, sondern ein lebendiger Ort lokaler Wirtschaft und Begegnung. Wir lehnen weitere Großfilialen im Seltersweg ab und werden keine städtischen Anreize für Konzernansiedlungen in der City geben. Wir setzen auf die Förderung lokaler Einzelhändler:innen, Handwerksbetriebe und Sozialunternehmen mit gezielten Programmen um lokalen Läden den Übergang in die digitale Zukunft zu erleichtern (z. B. Unterstützung bei Online-Präsenz und Lieferservices) und um Leerstand kreativ zu nutzen. Schließlich bleibt jeder Euro, der in der lokalen Wirtschaft verdient und ausgegeben wird, in der Region – das stärkt Gießen weit mehr als anonyme Konzernumsätze.

Wissenstransfer und Neugründungen fördern

Gießen als Wissenschaftsstandort muss zur Keimzelle für zukunftsfähige Unternehmen werden. Wir wollen den Austausch zwischen Hochschulen, Instituten und Stadt intensivieren. Gründerzentren wie das Technologie- und Innovationszentrum (TIG) unterstützen Start-ups bereits – diese Aktivitäten sollen ausgeweitet und gezielt auf sozial-ökologische Innovationen ausgerichtet werden. Existenzgründungen in Bereichen wie erneuerbare Energien, Klimaschutz-Technologien, Gesundheit/Pflege, Bildungs- und Sozialwesen oder Künstliche Intelligenz (in den Diensten der Menschen) verdienen besondere Förderung. Die Stadt kann hier über Wettbewerbe, Beratungsangebote und finanzielle Starthilfen (z.B. städtische Mikrokredite oder Bürgschaften) Anreize setzen. Forschungsergebnisse sollen verstärkt vor Ort in Unternehmensgründungen oder gemeinnützige Projekte münden. So entstehen qualifizierte Arbeitsplätze in Gießen, anstatt dass gute Ideen und kluge Köpfe abwandern.

Klimaschutz als Jobmotor nutzen

Wir stellen uns klar gegen das vermeintliche Dilemma „Klimaschutz vs. Arbeitsplätze“. Ökologische Nachhaltigkeit und gute Arbeit gehören zusammen. Öffentliche Investitionen in den Klimaschutz in Gießen werden wir gezielt als Beschäftigungsmotor einsetzen: mit einen kommunalen Investitionsplan für Klimajobs. Es braucht zusätzliches Personal und Projekte etwa für den Ausbau des ÖPNV, die energetische Sanierung von Gebäuden, den Ausbau erneuerbarer Energieversorgung durch die Stadtwerke, die ökologische Stadtbegrünung (Urban Gardening, Stadtwald) und nicht zuletzt im Sozial- und Bildungsbereich (der ebenso Teil einer klimaverträglichen Zukunft ist, Stichwort „Care Jobs“).

Digitalisierung und Innovation für alle gestalten

Die digitale Transformation verändert auch in Gießen Wirtschaft und Arbeitswelt rasant. Wir wollen diesen Wandel aktiv und sozialverträglich gestalten, statt ihn bloß geschehen zu lassen. Gemeinsam mit den Hochschulen und Berufsbildenden Schulen werden wir Initiativen starten, um Arbeitnehmer:innen fortzubilden (z.B. Weiterbildungsverbünde für KI-Kompetenzen im Mittelstand oder digitale Kompetenzen im Handwerk). Digitalisierung muss den Menschen dienen – z.B. durch bürgernahe digitale Services der Verwaltung oder technische Hilfsmittel in Pflege und Gesundheitswesen – nicht umgekehrt. Deshalb werden wir Betriebe fördern, die digitale Innovationen mit sozialem Mehrwert vorantreiben (z.B. in der Telemedizin, Open-Source-Software für öffentliche Aufgaben, Plattformen für Sharing Economy).

Sozial-ökologische Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung und Auftragsvergabe

Die bisherige Fixierung auf Kennziffern wie Wachstumsraten und Ansiedlungszahlen hat ausgedient. Wir setzen stattdessen auf nachhaltige Entwicklung, Krisenfestigkeit und regionale Kreisläufe.

Wir wollen:

- In der Praxis ein neues Förderschema einführen: Unternehmen, die gute Arbeit (Tarif, Mitbestimmung), ökologische Verträglichkeit und gesellschaftlichen Nutzen nachweisen, sollen bevorzugt behandelt werden – sei es bei der Vergabe städtischer Aufträge, der Verpachtung von Gewerbeflächen oder bei Zuschüssen.
- Städtische Aufträge sollen künftig ausschließlich an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden, um faire Arbeitsbedingungen und soziale Standards verbindlich zu sichern.
- Transparenz und demokratische Kontrolle müssen geachtet werden: Ein von uns angestrebter Wirtschafts- und Sozialbeirat – besetzt mit Vertreter:innen der Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und KMU (kleine und mittlere Unternehmen) – soll bei wichtigen Förderentscheidungen angehört werden. So stellen wir sicher, dass öffentliche Gelder im Sinne der Bürger:innen eingesetzt werden und nicht als Mitgift für auswärtige Investoren ohne Gegenleistung dienen.

Kommunale Steuergerechtigkeit nutzen

Während auf Bundes- und Landesebene endlich wieder eine Besteuerung großer Vermögen und krisenbedingter Übergewinne angegangen werden muss, wollen wir auf kommunaler Ebene alle Spielräume für mehr Steuergerechtigkeit ausnutzen. Seit 2025 können Kommunen brachliegendes, baureifes Bauland mit einem Aufschlag besteuern: Wir werden diese Möglichkeit nutzen, um Spekulation mit Baugrundstücken zu bekämpfen. Grundstücke, die seit Jahren ungenutzt in bester Lage liegen (sogenannte „Enkelgrundstücke“), sollen künftig in Gießen mit einem spürbar höheren Hebesatz belegt werden können – bis zu dem vom Gesetz erlaubten 5-fachen der normalen Grundsteuer B. Damit wollen wir zwei Effekte erzielen: Zum einen einen finanziellen Anreiz, diese Grundstücke entweder endlich zu bebauen oder zu verkaufen, sodass dringend benötigter Wohnraum entstehen kann. Zum anderen generiert die Grundsteuer C (wenn auch in moderatem Umfang) Mehreinnahmen für die klamme Stadtkasse, die wir gezielt in sozialen Wohnungsbau investieren wollen. Darüber hinaus werden wir weitere Instrumente prüfen, um Wohlhabende und große Unternehmen angemessen an der Finanzierung der Gemeinwesen zu beteiligen.

Korruptionsprävention und effiziente Mittelverwendung

Die Anlagepolitik der Stadt muss transparent werden – spekulative Geschäfte wie mit der Greensill-Bank dürfen sich nicht wiederholen. Wir begrüßen, dass inzwischen eine neue Anlagerichtlinie mit höheren Sicherheitsstandards und Nachhaltigkeitskriterien beschlossen wurde. Diese werden wir strikt einhalten und regelmäßig evaluieren. Große Projekte und Investitionen müssen frühzeitig im Parlament und der Öffentlichkeit diskutiert werden, um Fehlplanungen vorzubeugen. Ein möglicher Schritt ist die Einrichtung eines freiwilligen Bürgerhaushalts bzw. eines ständigen Finanzausschusses mit Beteiligung sachkundiger Bürger:innen, um die Ausgaben kritisch zu begleiten. Beim städtischen Immobilienmanagement fordern wir professionelle Planung, damit Bauvorhaben verlässlich kalkuliert und überwacht werden

Die Linke Gießen steht für eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die Menschen in den Vordergrund stellt, nicht die Profite. Statt Großprojekte und Konzernansiedlungen um jeden Preis setzen wir auf die

Stärkung des Gemeinwohls: gute Arbeit, lokale Kreisläufe, demokratische Kontrolle und Investitionen in Klima und Soziales. Gießen soll eine Stadt werden, in der Wirtschaft und Finanzen kein Selbstzweck sind, sondern Mittel, um eine lebenswerte, gerec^hte und nachhaltige Zukunft für alle zu schaffen. Die Herausforderungen sind groß – aber mit klarem politischem Willen und den richtigen Konzepten können wir Gießens wirtschaftliche Zukunft gerechter gestalten und die städtischen Finanzen auf solidem, gemeinwohlorientiertem Fuße stellen. Das ist unser Ziel für die kommende Wahlperiode.

www.dielinke-giessen.de